

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6185
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Belegzeitung)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3167

Weihnachten.

Wieder klingen die Glocken durch die Lande und läuten die Weibnacht ein. Tausend Kinderherzen jauchzen beim Anblick des Lichterbaumes und freuen sich mit den Fröhlichen. Lange genug haben sie die Tage, die Stunden gezählt: Nun ist die Zeit der Erfüllung.

Aber wie viele Weihnachtswünsche mußten unerfüllt bleiben und wie so mancher Familienvater konnte den Weg zum Weihnachtsmann nicht finden. Ohne seine Schuld. Schwer lasten die Zeiten auf der arbeitenden Bevölkerung und in jeder Großstadt gibt es Tausende, Zehntausende, denen die heutige Wirtschaftsordnung weder Lohn noch Brot gewährt. Arbeitslose, die auch an dem Tage, da allem Volke große Freude widerfahren soll, trübe hinausbliden in die rauhe Winternacht. Ihnen ist kein neuer Hoffnungsstern erschienen und kein Lichterschimmer verheißt Ihnen den wiederkehrenden Siegeszug der Sonne. . . .

Was kann die Arbeiterschaft vom Weihnachtsfest erwarten? Welche Wünsche werden in ihr lebendig, wenn sie sich Weihnachtsträumen überläßt?

Wohl hält das Kirchenchristentum noch die Millionen in seinem Bann und die schlichte Erzählung von der Geburt des Christuskindes in Bethlehems Stall, vom armen Zimmermannsohne in der Krippe geboren, klingt immer wieder erneut durch die zwei Jahrtausende in unzähligen Herzen wieder. Aber die Zahl derer ist in rascherem Wachsen, die innerhalb wie außerhalb der christlichen Kirche sich nicht genug sein lassen an der poetischen Erzählung, die Fragen über Fragen zu stellen haben nach neuem Heil, nach neuer Erlösung.

Wo ist die Freude, die allem Volke widerfährt? Sind nicht die Mächtigen und Reichen in allem die Bevorzugten? Sie kosten den Becher der Freude bis auf den Grund, und Tausende, Zehntausende dürfen nicht einmal daran nippen.

Und wo ist die Erlösung? In hartem Joch rackert die Arbeiterschaft und hat ein gar geringen Teil an den Kulturgütern des Lebens. Der Arbeiter mag schaffen und sich mühen, so viel er kann. Frühzeitig wird er siech und stirbt in den besten Jahren dahin. Wenn ihn arbeitslose Zeiten treffen, sieht er voll ohnmächtigen Grimms vor den gefüllten Magazinen und all die Weihnachtsherrlichkeiten, die nur durch schaffende Menschenhand hervorgezaubert wurden, sie sind für ihn nicht da. Er hat nicht mehr teil daran. Wer will wohl diese Ordnung für eine göttliche ansehen? Wem drängt sich da beim Diefertenden nicht die Antwort auf: Es muß eine Erlösung, eine andere Lösung geben!

Wo aber ist der Friede auf Erden?

Der Moloch Militarismus erfordert Jahr für Jahr in allen Kulturländern Millionen für unproduktive Zwecke. Millionen verbleibend man, während die Bedürfnisse des Volkes unbedient bleiben. Waffenstehend stehen sich die Völker gegenüber und in kurzen Intervallen färbt das Blut tausender Menschen den Kampfesboden. Noch immer nicht hat die Menschheit den Frieden, den die Friedensbotschaft verheißt.

So werden wir uns nun in christlicher Geduld fassen müssen und weiter dulden, weiter harren zwei tausend Jahre lang?

O nein! Längst wissen wir, sollten wir wissen, daß auf der Erde wie im Weltall Entwicklungsgeese am Werke sind. In aufsteigender Linie ist die Menschheit vorwärts gekommen. Einst schien allmächtig die Natur und ohnmächtig der Mensch. Was Wunder, wenn die Träger des Erdenlebens, die Sonne und andere Naturkräfte Verehrung und Anbetung fanden. Mit dem sich entwickelnden Gemeinschaftsleben gelang es dem Menschen mehr und mehr die Kräfte der Natur in seine Dienste zu zwingen. Die alten Götter wurden enttrohnt und neue traten an ihre Stelle. Aber die Menschen führten kein Gemeinschaftsleben. Sie konnten es noch nicht, weil die wirtschaftlichen Vorbedingungen dafür fehlten. Im Kampfe um den Weideland oder um die Jagdgründe hielten die Wälder wider und nur was zum eigenen Stamm, zur eigenen Sippe zählte, wurde geschont. Sklaven und Hörige mußten den Siegern in allem zu Willen sein.

Und nun, da die Sklaven das Joch loslösen wollten, da das Christentum die neue Heilslehre brachte von der Menschenbrüderschaft, schien es einen Augenblick, als solle die Menschheit erlöst und frei sein. Aber es fehlten auch jetzt noch die Möglichkeiten. So kam wohl die Kirche zu hoher Macht, nicht aber der Gedanke des Christentums.

Wir stehen im Zeitalter der Maschine, der Industrie. Der Mensch hat gelernt die Naturkräfte in seinen Dienst zu stellen in mannigfaltigster Gestalt. Wissenschaft und Technik haben in den letzten vier Jahrzehnten Fortschritte gemacht, wie vordem nicht in Jahrhunderten. Die Fülle der Arbeitserleichterung, der Produktionsmöglichkeit ist heute so ungeheuer, daß jedem ein sorgloses Dasein bei kurzer Arbeitszeit gewährleistet werden könnte, wenn nicht einzelne wenige — denen die Macht in Staat und Gesellschaft gehört — sich sträubten. Sie haben kein Interesse an einer Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsordnung, sie feiern ohne Arbeitspflicht frohe Weihnachten, weil sie andere für sich arbeiten lassen. Von ihnen dürfen wir keinen Verzicht erwarten.

Wohl aber dürfen wir erwarten, daß alle Bedrückten und Elenden nicht nur, nein, auch alle rechtlich Denkenden sich gemeinsam zusammenfinden, um eine Neugestaltung der Wirtschaftsordnung herbeiführen zu helfen. Die wachsende Solidarität der Menschen, die bis zum Sozialismus gesteigerte Gemeinsamkeitsarbeit aller für alle wird uns eine neue Stufe sein in der Gesamtentwicklung der Menschheit. Eine Stufe, die ihre ersten Ansätze offenbarte in den Gedanken, die in der Geburt des armen Jesuskindes ihren Ausdruck fanden.

In diesen Tagen, da das Licht siegbasi die Nacht überdauert, da die Sonnenwende uns zu neuer Hoffnung aufweckt, möge beim Anblick des Lichterbaumes in allen Herzen die Zuversicht kommen:

Aufwärts zu neuen Gipfeln
geht die Menschheitsbahn.

Ein amtliches Urteil über die Vorteile kommunaler Regiearbeit.

Kein vernünftiger Mensch wird die große Bedeutung verkennen, die dem Privatkapital und der Privatinitiative im Entwicklungsprozeß der Gesellschaft zukommt. Die Herren Unternehmer sind aber mit der historischen Wertung ihrer Klasse nicht zufrieden. Sie wollen auch heute noch für unentbehrlich gehalten werden. Sie meinen, ohne ihre „geniale Tätigkeit“ sei die Welt immer noch undenkbar. Es finden sich sogar professorale Bedientenseelen, die ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit der Welt in schönen Sprüchen verkündigen. „Einzelne müssen forschen, malen, regieren, erfinden, Unternehmungen gründen und leiten, damit Millionen adern, schmieden, hobeln und sich ernähren können.“ dieses Wort Professor Ehrenberg wird als höchste Wahrheit gepriesen und bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit hervorgezogen. Wägen noch so viele Tatsachen, kommunale Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und andere Werke, Tausende und Abertausende von Aktiengesellschaften und Genossenschaften aller Art das Gegenteil mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit dargetun, die Unentbehrlichkeit der Herren Unternehmer nicht für gewisse Leute absolut unanfechtbar. Unterschiede werden nicht gemacht. Der Unternehmer, dessen „geniale Tätigkeit“ sich auf die Rolle eines bloßen Arbeitsvermittlers und Antreibers beschränkt, der müßelos den Unternehmergewinn von seinem Auftraggeber — meistens Gemeindeverwaltungen — einfaßt, ist von seiner gesellschaftlichen Nützlichkeit ebenso sehr überzeugt, wie etwa der Leiter einer Maschinenfabrik. Und doch tritt sicherlich nirgends die Ueberflüssigkeit des Unternehmers klarer zutage als hier. Ist nicht der Unternehmer, der für eine Gemeinde nach bestimmten Plänen, unter der Aufsicht und Kontrolle von Gemeindebeamten und vielfach auch mit dem von der Gemeindeverwaltung gelieferten Material gewisse Arbeiten — Straßen, Kanäle, Planierungen, Wädh- oder Flußkorrekturen usw. — ausführt, eine vollständig überflüssige Figur? Er kann weder durch persönliche Initiative Arbeitsgelegenheit schaffen, noch die Produktion fördern, oder besondere Erfahrungen verwerten. Er stellt einfach die nötige Zahl Arbeiter ein und erhöht die Tagelöhne der Arbeiter um seinen Unternehmergewinn.

Und doch ist die Ausschaltung der Unternehmer bei solchen Arbeiten der größten Anfechtung ausgesetzt, und wo einmal eine Gemeinde dazu übergeht, Unternehmer zu umgehen und Arbeiten in Regie auszuführen zu lassen, da hat sie gewiß auch sofort die heftigsten Angriffe zu gewärtigen und setzt sich dem Vorwurfe aus, nicht nur die selbständige Erwerbenden, sondern das ganze Gemeinwesen zu schädigen. So erging es auch der Verwaltung der Stadt Zürich. Während hier Regiearbeiten von jeher beim Gaswerk, bei der Wasserversorgung und bei anderen Unternehmungen mit Monopolcharakter ausgeführt worden sind, ist beim Tiefbau der Anfang erst vor 16 Jahren gemacht worden, und zwar hat dazu die Arbeitslosennot Veranlassung. Mit der Zeit entwickelte sich aber aus den Notstandsarbeiten ein ständiger städtischer Betrieb, der freilich in erster Linie immer der Arbeitslosenbeschäftigung zu dienen hatte und heute noch dient.

Die Unternehmer hatten von Anfang an versucht, diese Regiearbeiten herunterzuziehen und ihnen den Todesstoß zu versetzen. Der günstige Augenblick schien ihnen gekommen, als bei einigen Arbeiten die Voranschläge überschritten worden waren, obwohl solche Ueberschreitungen bei ihnen zu den Alltäglichkeiten gehören. Sie ließen durch ihre Katastrophen im Großen Stadtrat vor vier Jahren einen Bericht über die finanzielle Mehrbelastung durch den Regiebetrieb fordern. Der kleine Stadtrat hielt es für nötig, noch mehr Erfahrungen zu sammeln und hat deshalb erst kürzlich diesen Bericht abgegeben. Er ist so ausgefallen, daß die Unternehmer es sicherlich bereuen werden, ihn veranlaßt zu haben. Dagegen liefert er den Freunden und Förderern der kommunalen Regiearbeit und des Kommunalismus überhaupt sehr wertvolles Material.

Aus einer Zusammenstellung der seit dem Jahre 1891 ausgeführten Regiearbeiten ergibt sich, daß diese sich erstrecken auf 82 Bauobjekte, meist Straßenbauten, mit einer Gesamtvoranschlagssumme von 4 279 129 Frank 50 Cent. 76 Arbeiten mit einer Voranschlagssumme von 3 091 829 Frank 50 Cent. und einem Abrechnungsbetrag von 3 350 310 Frank 38 Cent. sind heute fertiggestellt. Daraus ergibt sich eine Ersparnis von 323 510 Frank 12 Cent. Die Frage, wie hoch sich die Kosten der Arbeiten bei Ausführung durch die Unternehmer belaufen hätten, läßt sich nicht in Bezug auf alle Objekte in einwandfreier Weise feststellen, weil oft zu ungleiche Faktoren in Betracht fallen. Der Bericht weist aber an der Hand einzelner Beispiele, wo ein Vergleich möglich ist, nach, daß sich die Kosten bei Regiearbeit tatsächlich

niedriger stellen als bei Verberdingung. In einem Falle belaufen sich die Kosten auf rund 15 000 Frank weniger als die niedrigste Offerte eines Unternehmers.

Dieses Resultat ist um so höher anzuschlagen, als der erste Zweck der von der Stadt geübten Regie, Arbeitslosen Verdienst zu verschaffen, die Auswahl der Arbeiter in dem Sinne beeinflusst, daß viele Schwache und Ungeschickte sich einfinden und eingestellt werden müssen. „Die Folgerung“, sagte der Bericht, liegt auf der Hand, daß die Stadt, weil sie bei der Regiearbeit den Unternehmergewinn erspart, entweder ohne Schaden den Arbeitern einen entsprechend größeren Lohn ausrichten kann oder billiger arbeitet. Unbestreitbar liegt darin ein Umstand, der zum wenigsten dem Nachteile, in dem sich die Stadt bei der Auswahl der Arbeiter gegenüber einem Privatmanne befindet, ein Gegengewicht entgegensetzt. Ueberdies ist die Stadt davor geschützt, durch einen anderen, unbedeutlichen Gewinn benachteiligt zu werden, der seinen Grund in den nicht sicher zu berechnenden Schwierigkeiten einer Baute, z. B. wegen hinderlicher Beschaffenheit des Bodens, oder in der Möglichkeit eines Steigens der Rohstoffpreise hätte. Der Unternehmer, der sorgfältig rechnet, muß diese Gefahren in Anschlag bringen und seine Forderung demgemäß höher stellen. Verwirklichen sich die Gefahren nicht, so bekommt er von dem Besteller die veranschlagte Mißloprämie doch. Dagegen braucht die Stadt in jedem Falle beim Regiebau nur ihre wirklichen Selbstkosten aufzuwenden. Wohl kann es sich ereignen, daß unvorhergesehene Umstände die Arbeit einem Unternehmer über das Maß hinaus verteuern, mit dem er gerechnet hat. Dann hätte der Unternehmer den Schaden zu tragen, der beim Regiebau die Stadt trafe. In Wirklichkeit aber gehen Unternehmer, die durch unvorhergesehene Umstände in schweren Schaden geraten sind, die Stadt als Bestellerin an, eine Aufbesserung zu gewähren, und es ist wiederholt vorgekommen, daß die Umstände den Stadtrat dazu drängten, zu willfahren. Die Sache liegt mithin so, daß beim Regiebau der wirkliche Schaden und der wirkliche Gewinn die Stadt treffen, bei Verberdingung der Arbeit dagegen der Unternehmer den Gewinn behält, den Schaden aber auf die Stadt abzuwälzen trachtet.“

„Schlimmstenfalls“, fährt der Bericht fort, „bleibt der Regiearbeit die gute Eigenschaft, daß Arbeiter aus Dienstzweigen der Stadt, deren Tätigkeit über den Winter eingeschränkt oder eingestellt werden muß, solange herübergenommen werden können, und andere Leute, die der Unterstützung verfallen würden, einen Erwerb bekommen. Die... nachgewiesene Verminderung der angemeldeten sowie der unterstützten Arbeitslosen von 1901 an und die Ersparnisse an Mitteln, die die Stadt der Arbeitslosenfürsorge zu widmen brauchte, darf wohl zum Teil den Regiebauten der Stadt zugeschrieben werden. Nicht geringer als diese Ersparnis ist es anzuschlagen, daß arbeitsfähige Männer, die erwerbslos geworden sind, ihr Selbstvertrauen und ihr Selbstbewußtsein behalten durften, bis sie wieder ohne die Hilfe der Stadt auf den eigenen Füßen zu stehen vermochten. Man kann auch nicht etwa sagen, dieser Erfolg wäre, wenn nur die Stadt überhaupt Arbeiten ausführen ließe, gleichfalls erreicht worden. Privatunternehmer binden sich nicht, ihre Arbeiter sich etwa nur durch ein Arbeitsamt der Stadt zuweisen zu lassen; wenn sie sich einer Vorschrift schenken unterwerfen, so bietet sich bei der Ausführung, wenn ihnen die zugewiesenen Arbeiter nicht behagen, genug Vorwand oder wirklicher Grund, um die Arbeiter nach Belieben anderswo zu nehmen. Nur durch den Regiebau konnte die Stadt sich sichern, daß die Arbeitsgelegenheit denen zugute kommt, denen man sie zu verschaffen wünschte.“

Diese Ausführungen des Berichtes einer mehrheitlich bürgerlichen Stadtverwaltung (der kleine Stadtrat setzt sich aus fünf Bürgerlichen und vier Sozialdemokraten zusammen) zeigen gewiß mit aller Deutlichkeit, welche direkten und indirekten Vorteile die Regiearbeit einem Gemeinwesen zu bieten vermag. Auf solche Vorteile deshalb zu verzichten, weil auf der anderen Seite ein paar Leute, die wännen, Unternehmer zu sein, in Wirklichkeit aber nur Schmarober sind, um ihren Gewinn kommen, kann sicherlich nicht Aufgabe von Behörden sein, für die die Begriffe Volkswohl und Unternehmerprofit sich nicht beden.

Die Arbeiterauschüsse in Leipzig.

Leipzig gehört zu den Städten, die in ihren Betrieben Arbeiterauschüsse eingerichtet haben. Die Bestimmungen über Einrichtung und Tätigkeit der Arbeiterauschüsse existieren seit 1901. Für etwa 15 Arbeiterauschüsse kommen sie in Betracht. Ueber die Kompetenz der Arbeiterauschüsse besagt der § 1 nur, daß die Ausschüsse „Anträge, Wünsche und Beschwerden allgemeiner Natur dem

Verwaltungsvorstände zum Ausdruck bringen können, eventuell sich auf Erfordern der Behörde gutachtlich äußern dürfen". Die anderen fünf, teilweise recht lang gehaltenen Paragraphen beschäftigen sich mit den Wahlen und der Geschäftsführung der Arbeiterauschüsse. Kein Wortchen ist in diesen Bestimmungen davon enthalten, daß der Ausübende infolge seiner Tätigkeit vor Entlassung geschützt ist, auch nicht darüber, daß ihn eine gewisse Immunität bei etwaigen Aussetzungen über den Betrieb oder die Amtshandlungen der Vorsetzten vor Verfolgungen und Klästigungen durch dieselben schützt. Nichts von alledem, obwohl doch diese Festlegung die eigentliche Garantie für die Wirksamkeit der Arbeiterauschüsse notwendig in sich schließen mußte.

Auch sonst sind dieser Institution die Flügel stark beschneiden, wenn man das Wort von der vollständigen Bedeutungslosigkeit nicht anwenden will. Sind in einem größeren Betriebe mehrere Zellen, Unterkomitees von Arbeitern vorhanden, deren Interessen wesentlich voneinander abweichen können, so läuft der Ausschuss Gefahr, bei Vertretung solcher Einzelwünsche, so gerecht fertigt sie an sich sein mögen, Kompetenzunfähig erachtet zu werden, und die Arbeit und die Mühe war umsonst, da man sehr leicht diese Dinge zu Sachen Einzelner umdeutlichen kann. Aber auch im anderen Falle ist es widerwärtig, den Ausschuss auf das allgemeine zu beschränken, da sich sehr oft Fälle ereignen, wodurch Begnadigung von Beschwerden einzelner Arbeiter oder Abteilungen Gefahren von der Allgemeinheit abgewendet wurden. Wie steht es z. B. mit sogenannten Probearbeiten von einzelnen Arbeitern, mit denen später die Allgemeinheit definitiv begnadigt wird? Was versteht denn überhaupt die Verwaltung unter dem Wort „allgemein"? Der Begriff ist sehr dehnbar, kann aber ebenso auch starken Beschränkungen unterliegen. Darüber läßt die Verwaltung die Arbeiterauschüsse vollständig im Dunkeln. Eine Abänderung oder Keugeltaltung dieser Bestimmungen könnte nur als zeitgemäß erachtet werden, um eine längst entstandene Lücke auszufüllen.

Neben den Hauptbestimmungen bestehen noch Sonderbestimmungen in den einzelnen Betrieben, die, schließlich nur den bestimmten Paraden entsprechend, eine gleiche Einwirkung der Vertreter vorzählt. In Wirklichkeit wird sie jedoch teilweise dazu benutzt, um sich besondere Rechte über die Aufsicht und die Geschäftsführung der Arbeiterauschüsse anzumahnen, die in den Hauptbestimmungen nicht enthalten sind. Dies dürfte besonders da der Fall sein, wo die Institutionen noch neu sind und die Arbeiter von ihrem zutreffenden Rechte nur zaghaft oder sehr wenig Gebrauch machen, um es mit dem Herrn Betriebsleiter, oder wie er sich sonst bezeichnen mag, nicht gleich im Anfang verderben zu lassen. Die Nachteile sind unangebrachte Rücksichten stellen sich gar zu schnell ein. Auch das wird Enttäuschung nach sich ziehen, wenn man allzu viel Wert auf das persönliche Wort solcher Personen legt, sondern die Hauptsache ist, daß all das, was die Sitzungen notwendig macht, in trefflicher Weise dem Protokollbuch einverleibt wird, damit auch an höherer Stelle aus diesen Niederschriften die Stimme der Arbeiter ihren Einfluß nicht verliert. Was geschrieben steht, kann nicht vergessen werden. Mit schönen Versprechungen ist nicht immer die Garantie der Einhaltung verbunden.

Was die Wahlbestimmungen anbelangt, so haben diese seit 11. Mai 1907 eine Änderung erfahren. Die Änderung besteht darin, daß das Wahlrecht jetzt allen über 21 Jahre alten ständigen Arbeitern zusteht, während früher 3 Jahre Beschäftigungszeit nach Vollendung der Volljährigkeit dazu erforderlich waren. Das Wahlrechtsalter ist ebenfalls von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt und die erforderliche Beschäftigungszeit von 6 auf 3 Jahre reduziert. Die Arbeiterinnen sind nach wie vor von der Teilnahme an den Wahlen wie an der Vertretung durch die Arbeiterauschüsse überhaupt ausgeschlossen, obwohl wiederum darum nachgesucht wurde. Auch die Wahlbestimmungen sind noch als unzureichend anzusehen zu bezeichnen. Die persönlichen Forderungen erfordern nur schweren Herzens, veranlaßt durch den Druck unserer Genossen im Parlament.

Die Mehrzahl der Kommissarien in den Arbeiterauschüssen fanden im Vorjahr von Ende Juni bis Dezember statt. Bei den Straßenergebnissen war die letzte Woche im Juli dafür angefallen. Wie bereits es uns aber eigentümlich, als die Wahlergebnisse nach dem alten Modus aufgestellt waren, obwohl schon 2 Monate nach der Bekanntgabe der Veränderung ins Land gegangen waren. Ein durch die Verhinderung mußte die dies Verwaltung auf diesen Umstand aufmerksam gemacht werden, was zur Folge hatte, daß die alten Listen eingesetzt und neue Listen ausgegeben wurden, nach denen fast sämtlichen Straßenergebnisse, die das 21. Lebensjahr erreicht hatten, ohne besondere Rücksicht auf die Beschäftigungszeit das Wahlrecht eingeräumt wurde. Die Wahlen

selbst wurden um 8 Tage verschoben. Irrtum ist menschlich; dieser Gedanke griff damals entschuldigend unter den Arbeitern Platz. Nicht den gleichen Rücksichten sollten aber die neugewählten Arbeiterauschussmitglieder bei den geschäftlichen Ausführungen ihres Amtes bei den ausführenden Organen begegnen. Insbesondere im Treibbaumt mußten verschiedene Anmeldungen von Sitzungen zweimal hintereinander erfolgen, weil nach Herrn M. nicht alle Formalitäten wie das Tippschreiben über dem eingehalten waren. So ging es bei den Wahlen zu Vorstehenden in den Arbeiterauschuss verschiedentlich zu. Die eine Gruppe erledigte dies direkt hinter der Hauptwahl, während der anderen es nicht vergönnt war, daselbe zu tun, sondern eine spezielle Sitzung mit diesem Punkt als ersten dazu einberufen werden mußte. Der Bureaucratismus des Herrn ging sogar so weit, daß er wissen wollte, wer das Anmelde-schreiben fertigigt habe. Einem Ausschussmitglied, das die Anmeldung der Tagesordnung auf einen einfachen Bogen geschrieben hatte, wurde das Schreiben zurückgegeben mit dem Bemerkten, daß ein solcher „Witz" St. Bureaucratismus nicht genügt. Einem anderen Mitgliede, das von seinem Ausschuss zum Vorstehenden vorläufig bestimmt war und eine Tagesordnung anmelden wollte, wurde erwidert, warum denn der „Soundso" das nicht mache, der das schon so lange gemacht habe! Vielleicht hat auch dieser Kollege nicht alle Formalitäten erfüllt, wie es Herr M. gewöhnt war oder haben wollte. Einer Beeinflussung sieht das täuschend ähnlich. Daß derartige Exzesse nicht geeignet sind, die Lust zum Amte zu erhöhen, braucht wohl kaum gesagt zu werden, und empfindliche Naturen können sehr oft dadurch abgestoßen werden. Man ist sich nicht recht klar, was damit eigentlich bezweckt werden soll. Will man etwa damit einschütern, daß die Lohneingaben nicht so oft kommen? Oder will man „erzweckerisch" auf die Arbeiter einwirken? Beides, das sollte doch Eben nicht unbekannt sein, hat bis jetzt noch keine Erfolge zu verzeichnen gehabt.

Was sich aber St. Bureaucratismus unter dem neuen Regime des Herrn Stadtrat Barthol in letzter Zeit alles geleistet hat, übersteigt denn doch alles bisher Dagewesene. Es drängt uns, einige Proben davon der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Straßenergebnisse reichten im September eine Eingabe um Lohnneubehaltung ein. Die Eingabe wird durch Antwort vom 11. November beantwortet mit der Begründung: „Wir sehen uns zurzeit, vor allem mit Rücksicht auf das vorliegende große Angebot von Arbeitskräften, nicht in der Lage, ihr zu entsprechen. In der Zeit vom 1. April bis 10. Oktober 1906 sind 758 Arbeitsgesuche eingegangen. Davon sind 96 Gesuchsteller eingeteilt, 90 vorgemerkt und 572 abschlägig beschieden worden." Den Vorarbeiten desselben Ressorts erging es nicht anders. Ihre Eingabe wurde mit folgender Begründung abgetan: „Eine Erhöhung des Arbeitslohnes ist zurzeit vor allem deshalb nicht anzunehmen, weil ein großes Angebot von Arbeitsträften vorliegt, darunter von einer Anzahl von Fremden, welche sich für einen Vorarbeitereinstellen eignen würden". Im dritten Falle haben die gesamten Arbeiterauschüsse einem Versammlungsbefehl gemäß eine Eingabe um Feuerungszulage im November eingereicht. Diese wurde ebenfalls abgelehnt mit dem Einwand, daß sie nicht auf kompetentem Wege zustande gekommen wäre und deshalb ein sachlicher Bescheid darauf nicht erteilt werden könne. Denn der § 1 der Bestimmungen besage, daß nur in gewissen Zweigen den Arbeitern Gelegenheit gegeben sei, ihre Wünsche durch die Arbeiterauschüsse dem Verwaltungsvorstand zum Ausdruck zu bringen. Ein Verfahren aber, wo die Arbeiterauschüsse insgesamt Eingaben machten, sei nicht vorgesehen. Es werden dann noch einige Paragraphen angezogen, die die Nichtigkeit dieser Auffassung beweisen sollen. Herr Barthol ist es also lieber, wenn alle 13 Arbeiterauschüsse in einer Angelegenheit, die die Gesamtarbeiterchaft berührt, jeder für sich kommt. Dann kann er wenigstens Unial antworten. Ob das im Vereinfachungsinteresse der Stadt liegt, möchten wir billig bezweifeln.

Was sich ist es gleichgültig, ob das Vorgehen der Arbeiterauschüsse zulässig ist oder nicht. Wichtig ist für die Art der Behandlung ist es aber doch und muß als Tatsache festgehalten werden, daß bereits vier solcher Eingaben, die bis in das Jahr 1906 zurückfallen, sachlich beantwortet wurden und Bedenken über deren Zulässigkeit nicht geäußert wurden. Diese vier Antworten sind Herrn Barthol auch nicht unbekannt, denn er hat sie mit unterzeichnet. Jetzt, nachdem Herr Barthol Stadtrat geworden ist, hat sich jedoch das Plättchen gewendet. Seiner Muthabe blieb es vorbehalten, anzunehmen, wie man den verhassten Lohnneubehaltung der Arbeiter Einhalt gewieten könne, und man merkte schon bei der ersten Antwort den „neuen Geist", der nun in unserer Stadtverwaltung leuchtete.

Zu einer Antwort an die gesamten Arbeiterausschüsse auf eine Eingabe wegen Urlaubserweiterung kam das recht drastisch zum Ausdruck. Eine neue Gesplogeneit wurde eingeführt, was bisher noch nicht dagewesen, indem die Arbeiter für ihre einführenden Begründungen tatsächliche Beweise antreten sollten. Diese Aufgabe wurde prompt und ausführend erledigt, so daß man bis zum heutigen Tage die Sprache noch nicht wiedergefunden hat und die Antwort darauf noch ausbleibt. Nebenbei bemerkt, war Herr Barthol als Stadtrat damals noch nicht auf den Gedanken gekommen, daß derartige Eingaben unzulässig seien. Unsere Gerichten im Stadtparlament sind ja nun Herrn Barthol über seine Wandlungen in der Sitzung vom 2. Dezember die Antwort nicht schuldig geblieben und er wählte den besseren Teil der Tapferkeit, „er schwieg“, um unter die Fittige seines Schwagers, des Herrn Oberbürgermeisters zu flüchten, der sich denn auch seines Schützlings in teilweise städtischer Erregung annahm. Für uns Arbeiter ist damit die Sache aber nicht abgetan. Denn wir fragen mit unseren Genossen: „Wie würde es Ihnen tun, Herr Stadtrat, wenn Ihre fällige Gehaltszulage damit abgelehnt wird, weil noch mehr taugliche Bewerber für Ihren Posten eingezogen wären?“ Mühseligst kann man die Arbeiter nicht behandeln, als es in diesen Antworten behauptet wurde. Das ist in anderen Worten nicht anders, als die Hungerpeitsche über ihren Haupten geschwungen. Denn auf gut Deutsch diese Antworten ausgelegt, kann nicht anders heißen als: „Wem nicht paßt, kann gehen!“ Wo heißt da die vielgerühmte geübte Erziehung, wo die Arbeiter an der gefüllten Stempelschüssel sitzen? Diese Worte bleiben auch in Zukunft für die Arbeiter eine fata Morgana. Die best. Antwort auf dies Gebären kann nur der einseitige Zusammenschluß aller städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sein, zum Wohle der Gesamtheit.

G. Sch.

Lohnerhöhung und Umänderung der Allgemeinen Bestimmungen für die städtischen Arbeiter in Köln.

IV. (Schluß)

Die Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse wurden 1866 geschaffen. Dergleichen hatten wir Gelegenheiten genug, um zu erkennen, daß die Arbeiterausschüsse in ihrer Gestaltung die Arbeiterkraft keineswegs befriedigen konnten. Insbesondere muß die Herrschaftlichkeit der Vertretung der städtischen Arbeiter der Stadtverwaltung gegenüber beklagt werden. Bei aller Würdigung des Umstandes, daß über 5000 Arbeiter in Betracht kommen, vermögen wir doch nicht einzusehen, daß für die verschiedenen Betriebe auch verschiedene Ausschüsse errichtet werden müssen, wodurch eine Zentralisierung (Zersplitterung) der Arbeitervertretung geschaffen wurde. Geradezu verwerflich ist es jedoch vom Arbeiterstandpunkt aus betrachtet, wenn für einen Betrieb mehrere Ausschüsse bestehen. Sehr oft werden — ob mit oder ohne Absicht mag dahin gestellt sein — die Ausschüsse gegeneinander ausgespielt. Ein einseitiges Arbeiten wird dadurch sehr erschwert. Der Arbeitgeber ist in diesem Falle weit im Vorteil. Dieses höchst ungünstige Verhältnis hat mehr wie einmal die Arbeiterinteressen ganz bedeutend geschädigt. Unser Bestreben ging nur dahin, die Ausschüsse möglichst zusammenzufassen. Wir stellten deshalb den Antrag, aus den Obmännern der Ausschüsse einen Generalarbeiterausschuß zu bilden, der in Fragen allgemeiner Natur (so z. B. bei Umänderungen des Lohnsatzes, der Allgemeinen Bestimmungen, der Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse und der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, bei Erbauung von Arbeiterwohnläufern) direkt unter Beteiligung der Vertreter der Dienststellen mit dem Oberbürgermeister in Unterhandlung tritt. Die Vertreter der Organisationen sollten hierbei mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Auf diese Weise verstanden wir die Anerkennung der Organisation durchzusetzen. Die Bildung des General- Arbeiterausschusses wurde zugestanden, die Hinzuziehung der Organisationsvertreter dagegen abgelehnt. Damit fiel auch der letzte Antrag der „Christlichen“, die gar die Arbeiterausschüsse völlig aufzulösen wollten und dafür die restlose Anerkennung der Organisationen als Arbeitervertretung verlangten. Die

Verwaltung ließ durch den Herrn Beigeordneten Dr. Fuchs hierzu folgendes erklären:

„Auch diese Forderung (Hinzuziehung von Organisationsvertretern zwecks Anerkennung der Organisation) ist für die Verwaltung unannehmbar. Ich habe die Vertreter einer Reihe von Städten und zwar namentlich solcher gehört, die uns sonst immer als Muster vorgeführt werden, u. a. Straßburg und Frankfurt, und diese haben erklärt, daß solche Forderungen undurchführbar seien. Und wozu solche Wünsche? Die Ausschüsse setzen sich aus Vertretern beider Richtungen zusammen und diese beiden Richtungen sorgen schon dafür, daß sie die richtigen Vertreter bekommen. Die Vertreter selbst sind durchaus des Wertes mächtig und durchaus geneigt, frisch vor der Feder zu sprechen; die Arbeiter dürfen zu diesen Ausschüssen daher volles Vertrauen haben, um so mehr, als deren Obmänner wieder unter sich einen Ausschluß bilden. Ebenso dürfen die Arbeiter volles Vertrauen zu den Vorstehern der einzelnen Dienstwege haben, die sich ihrer sozialen Aufgabe voll bewußt sind.“

Darum also und aus einer Reihe anderer Gründe will man sich nicht entschließen, die Organisation anzuerkennen. Jeder mit den Verhältnissen Vertraute weiß, daß diese Sätze, so sehr sie die erscheinende Wirkung der gewerkschaftlichen Organisation bestreiten, eine wesentliche Einschränkung betragen. Die Annahme des Beigeordneten Dr. Fuchs endlich, die Arbeiter könnten Vertrauen zu ihren Direktoren haben, trifft nicht zu. Darüber sind sich die Arbeiter und ihre Vertreter gleichviel welcher Richtung vollständig einig. Wie diese Herren ihre „soziale Aufgabe“ ausfüllen, hat sich nirgends besser gezeigt als bei der Beratung der in dieser Mittelserie besprochenen Anträge der Arbeiterorganisationen. Wäre es auf die Herren Betriebsleiter allein angekommen, wir wärlen hundert gegen eins: es wäre alles beim alten geblieben! Freilich hat dies seine sachlichen Gründe. Die Herren Betriebsleiter sind dazu da, Mehrwert zu schaffen. Die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, kann daher den Herren Betriebsleitern nie zufallen. Es muß schon eine ganz eigene Sache sein, wenn man ihnen Vertrauen entgegenbringt. Den Grund also, die Organisation nicht anzuerkennen zu müssen, lassen wir unter keinen Umständen gelten.

Trotz der Nichtanerkennung der Organisation soll ein Verhandeln mit ihr nicht ausgeschlossen sein. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Organisationsvertreter von den Vorstehern der Betriebszweige als Bürger empfangen werden können. Etwas Neues wird damit nicht geschaffen, denn schon vorher haben die Herren Direktoren — mit einer einzigen Ausnahme — unserem Gauleiter G. Schäfer Unterredungen gewährt. Ob die Ausnahme auch noch fernerehin am „Herrn im Haus“ Standpunkt festhält und gegebenenfalls dem Organisationsvertreter die Türe weilt, das wird sich ja noch zeigen. Sollte mit der bisherigen Praxis nicht gebrochen werden, so hat dieser Herr Direktor nichts gewonnen; der Organisationsvertreter wird sich in diesem Falle mit den höheren Instanzen auseinandersetzen. Die Letzten ohne Arbeiterorganisationen sind eben unüberwindlich darin, damit rechnen jeder im öffentlichen Leben Lebende, so auch die Stadtverwaltung Köln. Wir haben keine Veranlassung, an den Worten ihres Sprechers, Herrn Beigeordneten Dr. Fuchs, zu zweifeln, die er in der Stadtverordnetenversammlung vom 19. November sprach und also lautete: „Wir stehen durchaus auf dem Boden der Stabilitätsfreiheit und ehren das freie Wort, soweit es ehrlich ist und der Wahrheit entspricht.“ Von da bis zur vollen Anerkennung der Organisation sind immerhin noch einige Schritte. Wir werden unsere Pflicht tun müssen, um die Frist, die dazwischen liegt, abzukürzen; wir möge aber auch die Stadtverwaltung dafür Sorge tragen, daß die Worte des Herrn Beigeordneten Dr. Fuchs in den einzelnen Betriebsstellen den notwendigen Widerhall finden. Wir nennen nur: Elektrizitätswerk, Revisionswerkstätten, Straßenbahnen, Feuerweh und Hafenamt; dort sind immer noch geheime Räte an der Arbeit, den organisierten Arbeitern das Leben sauer zu machen. Das freie Wort hat dort noch keine Stätte, es wird vielmehr unterdrückt, bei aller Ehrlichkeit und Wahrheit.

Den Arbeiterausschüssen haben wir übrigens etwas mehr Anerkennung verschafft. Bisher hatten sie quasi die Rolle eines Priestertums markiert, der die Eingaben der Arbeiter dem Herrn Direktor unterbreitete und nach Jahr und Tag die Antwort zum Weiterbefördern erhielt — oder auch nicht. In den wichtigsten Angelegenheiten, welche die Arbeiter betreffen, bei Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeiten, waren die „Arbeitervertretungen“ ausgeschlossen. Wir beantragten ihre Hinzuziehung. Der Antrag wurde angenommen und es heißt jetzt im § 13 der „Allgemeinen Bestimmungen“:

*) Dieser Antrag der „Christlichen“ war weniger aus Prinzip gestellt, als aus Besonderen Erwägungen heraus. Einen entscheidenden Einfluß übten die „Christlichen“ nur in zwei Ausschüssen aus und zwar in denen der Straßenbahnen Gruppe A (Fahrpersonal) und des Fuhrparks. Beide Ausschüsse sind sehr wenig aktiv, was sich zum Teil daraus erklärt, als keine Mitglieder infolge ihrer unregelmäßigen Dienstzeit mit denen anderer Ausschüsse in Verbindung kommen. Wo daher die „Was oder Nichts Politik“ der „Christlichen“.

„Anfang und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit, die Ruhepausen, Art und Höhe der Löhne und sonstige Vergütungen sowie die Termine, an welchen der Arbeiter Lohnzuläge erhält, werden, soweit nicht der Lohn tarif vom 1. Oktober 1906 hierüber Bestimmungen enthält, von der zuständigen Deputation oder Kommission nach Anhörung der sozialpolitischen Deputation und des in Frage kommenden Arbeitersausschusses festgestellt und dann in den Dienstplan oder die Arbeitsordnung aufgenommen.“

Diese Keuerung erscheint uns sehr wichtig. Sie räumt den Ausschüssen ein Recht auf Mitberatung ein, aber auch die Verantwortung der Arbeitersausschussmitglieder ist dadurch eine weit größere geworden. So hat denn die Bewegung im allgemeinen recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Nun gilt es, sie nicht nur voll auszunutzen, sondern auch an Händen der neuen Bestimmungen den noch indifferenten Kollegen die Rühlichkeit des Verbandes zu demonstrieren. Die Erstarkung unseres Verbandes ist die beste Gewähr dafür, daß das Erreungene voll auf zur Durchführung gebracht wird und neue Fortschritte vorbereitet werden können.

Brief aus Bielefeld.

Mancher lernt es sehr spät, viele begreifen es nie, daß die gewerkschaftlichen Organisationen eine Notwendigkeit für die Arbeiter sind. So liegen die Verhältnisse auch unter den städtischen Arbeitern in Bielefeld. Wohl haben wir dort einen guten Stamm treuer Mitglieder, die das Banner der Organisation hochhalten. Aber im Vergleich zu der Zahl der von der Stadtverwaltung beschäftigten Arbeiter ist das Häuflein zu unbedeutend. Das merkt man am besten an den Löhnen, die den wirtschaftlichen Verhältnissen am Orte durchaus nicht entsprechend sind. Seit der Zeit, wo die letzten Lohnregelungen erfolgten, ist ein kolossaler Umschwung in den wirtschaftlichen Verhältnissen eingetreten. Aber die Löhne der städtischen Arbeiter sind dieselben geblieben, ja zum Teil noch verkleinert worden. So erhalten die Eisenarbeiter des Gaswerkes jetzt noch nicht den Lohn, den sie vor einigen Jahren hatten. Mit der Einführung der Achtstundenschicht wurde den Arbeitern der tägliche Lohn reduziert. Man hat eben die erzielten Lohnsätze in Stundenlöhne umgerechnet, die Arbeiter wurden dadurch finanziell geschädigt. Derartige Unternehmerpraktiken sollte man aber in den städtischen Betrieben nicht einführen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich seitdem noch dazu ganz bedeutend zumungunsten der Arbeiter verändert, die Verwaltung hat es aber bisher noch nicht für nötig befunden, den früheren Lohnsatz zu gewähren, viel weniger darüber hinauszugehen. Das zehrt wahrlich nicht von einem fortschrittlichen Geist der Gaswerksverwaltung.

Aber auch alle anderen Verwaltungen der übrigen städtischen Betriebe handeln nicht besser. Während wohl die Mehrzahl der

Stadtverwaltungen in den letzten Jahren der Ansicht waren, daß die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter Lohnzulagen bedingten, so hat man dies in Bielefeld nicht beachtet. Das sollte aber unseren Bielefelder Kollegen einmal Veranlassung zum Nachdenken geben.

Wir haben im Bielefelder Stadtverordnetenkollegium eine ziemlich starke sozialdemokratische Gruppe, und doch ist dort in den letzten Jahren weniger für die städtischen Arbeiter geschehen als in anderen Städten, wo wir in den städtischen Kollegien wenige oder keine Parteigenossen haben. Woran liegt das? Die Antwort auf diese Frage dürfte keinem Arbeiter schwer fallen. Der größte Teil der städtischen Arbeiter kümmert sich nicht um seine eigenen Interessen, sie glauben, wenn eine erhebliche Zahl Arbeitervertreter in dem städtischen Kollegium sitzt, dann werden diese schon die Interessen der städtischen Arbeiter vertreten. Das letztere ist ja wohl auch zweifelsohne richtig. Aber wir dürfen das eine dabei nicht vergessen, daß unsere Vertreter nicht die Mehrheit haben, und dann ist ja doch die Hauptsache die, wenn die Arbeiter nicht geschlossen hinter ihren Vertretern stehen, dann können diese auch nicht so wirksam die Arbeiterinteressen vertreten. Sobald einer unserer Genossen dieses oder jenes im Interesse der Arbeiter vorbringt, dann wird ihm von gegnerischer Seite oder vom Magistrat entgegengetreten: „Sie sind ja gar nicht beauftragt von den Arbeitern, Sie halten bloß Reden zum Fenster hinaus, unsere Arbeiter sind ja zufrieden“. Die Herren gehen dabei von dem Grundsatze aus, jeder Arbeiter, der unzufrieden ist mit seiner Lage, der ist heute auch organisiert! Also wir können daraus ersehen, daß wir durch unsere Interesslosigkeit die Tätigkeit unserer Vertreter unfruchtbar machen. Ganz anders liegt es aber da, wo die städtischen Arbeiter gut organisiert sind. Dort kann die Organisation Hand in Hand mit den Arbeitervertretern im Stadtverordnetenkollegium sehr fruchtbar für die Interessen der Arbeiter wirken. Dort kann man unseren Vertretern keinen Vorwurf machen, daß sie nicht von den Arbeitern beauftragt sind. Dort können sie sich auf die große Zahl der organisierten Arbeiter berufen, die den Auftrag erteilt haben. Dadurch wird der Stadtverwaltung der Wind aus den Segeln genommen, und die Herren müssen sich wohl oder übel dazu bequemen, den Anregungen und Anträgen unserer Vertreter näherzutreten.

Trifft das denn nun aber auch zu, was die Herren von den unorganisierten Arbeitern annehmen, nämlich daß sie mit ihrer jetzigen Lage zufrieden sind? Bei weitem nicht! Wohl fast alle Arbeiter sind unzufrieden mit ihrer Lage, es ist doch auch ganz erklärlich. Betrachten wir uns doch einmal das Familienleben der Arbeiter. Wieviel Not und Elend, wieviel tagtägliches Kummer und Sorgen treffen wir dort an? Diese Zustände können den Arbeiter gewiß nicht mit seiner jetzigen Lage zufrieden machen und ausböhnen. Und das um so weniger, da er sieht, wie auf der anderen Seite ein ungeheurer Luxus getrieben wird. Gerade jetzt, in der Zeit vor Weihnachten, kann man in den Straßen der Stadt allerlei Beobachtungen machen. Die Kinder der Arbeiterklasse

Weihnachten.

Zur Weihnacht wars.

Versunken lag die Stadt
im rauchigen Nebel, nur fürs Ohr noch da,
lärmender Dunst.

Ich schritt ins stumme Tal,
das Einerlei von Frost und Grau, ich kamm' es:
das Nebelmeer in seiner Unterwelt —
zur Oberwelt, zum Berge schritt ich hin.
Vorbei dem Spul der finstern Schattenriesen,
die links und rechts aufdrohten und versanken.
Und stieg und stieg. Milchfarben, rötlich ärgerte
sich droben ab die Scheibe nun der Sonne
noch ohne eigne Kraft. Ich stieg und stieg,
und heller ward das Grau. Aus weißem Dufte
lösten sich leise, die der Reif umstimmerte,
die Farnen jetzt in Silber und Kristall.
Und Licht begann zu weben. Und ich stieg.
Da, jählings brach das volle Blau herein
und im Triumph die Sonne. Und ich sah
verstreut bis fern zum Horizont der Berge
Echneie Ansehn still im Meere schwimmen,
und drüber lag des ernsten Gottesfriedens
sinnende Ruhe . . .

Der ich heimlos bin,
dort droben hab mein Christfest ich gefeiert —
all das, was einst mir duft'ge Nume war
und nun verdorrtes Matt, ich träum' es mir
noch einmal auf zum Leben, dann begrub
mit fester Hand ich meinen Venz im Eis
und meine Jugend. —

Und ich schritt hinab,

zur Vorstadt hin, wo noch aus hundert Schloten
Der heiße Atem leucht' der Gegenwart.
Und in den Dunst der Gassen trat ich ein
und grühte stumm, die unterm Dampfespfiff
zum Feierabend aus den Toren zogen
der rauchigen Fabriken, und ich spähte
nach einem Vorglanz aus der Weihnachtsfreude
auf den Gesichtern. Arbeit, Arbeit, komm —
und schmede hart, was weich noch in mir, komm —
hier ist mein Platz, auf dem ich schaffen will,
Raum unter Männern. Denn die Zeit ist hart,
und keiner darf vom großen Kampfe fliehn
nur, weil die Wunde schmerzt — nein, keiner darf's,
den sie nicht nieder auf den Boden zwingt.

Gedicht: „Lede“ von J. Venetius.

Arbeitslos.

Eine Weihnachtsstizze von Paul Gebauer.

Schweigend packten die zwei ihr Arbeitszeug zusammen und gingen nach dem Kontor, um dort ihren letzten Lohn sowie ihre Papiere in Empfang zu nehmen. Fleißig, müderten — wegen Mangels an Arbeit entlassen — stand in den Jugenissen.

„Eine nette Versicherung, acht Wochen vor Weihnachten aufs Pfahler gesetzt zu werden“, sagte Karl Münzer, der jüngere der beiden Arbeiter, zu seinem Kollegen, der schweigend nickte. Jahrelang hatten die beiden nebeneinander gearbeitet, und als sich Karl Münzer vor einem halben Jahre verheiratete, war der alte Pensek zu ihm gezogen. Teufel Frau war schon bei der Geburt des ersten Kindes gestorben, nach einigen Tagen folgte dieses der Mutter nach, und seitdem war er ohne Anhang und Familie durch das

stehen da vor den glänzenden Schaufenstern und betrachten sich alle die Herrlichkeiten, die vor ihren Augen ausgebreitet liegen, und wünschen sich dieses und jenes davon. Die Eltern sehen und hören das mit an, sind aber nicht in der Lage, den Wünschen der Kinder Rechnung zu tragen, dazu fehlt es am nötigsten, nämlich an Geld. Soll alles dies den Arbeiter wohl zufriedener machen? Also zufriedene Arbeiter wird es recht wenige geben.

Wie kommt es denn nun, daß diese Arbeiter nicht organisiert und doch unzufrieden sind? Der großen Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit dieser Arbeiter ist es in erster Linie mit zuzuschreiben, daß sie sich bisher von ihren organisierten Kollegen ferngehalten haben. Ein Teil der Arbeiter hält auch aus Feigheit sich der Organisation fern, was aus der mangelhaften Erziehungsweise der Arbeiterkinder ganz erklärlich ist, da ja den Kindern schon von der frühesten Jugend an Unterwürfigkeit gegenüber den Besitzenden eingeprägt wird. Diese Unterwürfigkeit bleibt dann bei schwachen Naturen auch im Alter haften. Aber dem überaus größten Teil der Unorganisierten fehlt die Erkenntnis und der Glaube an die eigene Macht der Arbeiterklasse. Es ist dies ja auch leicht erklärlich. Sind doch die Mehrzahl der Arbeiter in Not und Elend groß gewachsen, sie haben bisher noch keine besseren Verhältnisse kennen gelernt, und so kommen sie zu der Ansicht, daß es niemals besser werden kann. Diese Arbeiter verkennen zunächst das Wichtigste, daß, solange die Zahl der Unorganisierten noch überwiegt, es der kleinen Zahl der organisierten Arbeiter recht schwer gemacht wird, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Die Arbeitgeber, gleichviel ob es nun Privatunternehmer oder Staats- und Gemeinbetriebliche sind, rechnen immer mit der Zahl der unorganisierten Arbeiter. Solange diese Zahl noch recht groß ist, solange ist auch der Widerstand der Arbeitgeber gegen die Forderungen der Organisierten härter. Zudem aber die Unorganisierten in den Reihen der organisierten Arbeiter immer mehr aufzuheben, wird auch der Widerstand der Arbeitgeber ein schwächerer werden, da ja die wirtschaftliche Stufe des Kapitalismus (als das nun einmal die Unorganisierten gelten müssen) mit dem Erstarken der Organisation immer mehr abgedrückt wird. Für die Arbeiter bleibt eben kein anderer Weg mehr übrig, als sich zu organisieren, wenn sie aus diesen mißlichen Verhältnissen herauswollen. Nur durch den Zusammenschluß aller vorhandenen Kräfte ist die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse möglich.

Auch die große Zahl der uns noch fernstehenden Kollegen im Weisfeld sollen dies bedenken. Durch Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit ist und noch niemals schlechte Verhältnisse gebessert worden. Auch die Arbeitervertreter in dem städtischen Kollegium vermögen da nicht viel auszurichten, wenn die Arbeiter nicht selbst aus eigenem Antrieb vor die Öffentlichkeit treten. Im Weisfeld, wo die städtischen Arbeiter eine so mächtige Stütze an den Vertretern der Arbeiterklasse in dem Stadtverordnetenkollegium haben, konnte schon bedeutend mehr für die Arbeiter geschaffen sein, wenn die Arbeiter sich selbst etwas mehr um ihre eigenen Interessen ge-

kümmert hätten. Dieser alt-Schuldrion muß aufhören. Wer ist denn durch das bisherige Verhalten der Geschädigte? Doch nur die Arbeiter selbst und kein anderer.

So mancher organisierte Kollege ist wohl schon miquantia geworden und hat gesagt, unser ganzes bisheriges Mühen ist vergeblich gewesen, der Verband hat keinen Zweck für uns, wir erreichen doch nichts, und lehren dann dem Verband den Rücken. Werden dadurch nun aber die Verhältnisse gebessert? Nein, Kollegen, für jeden Organisierten heißt es ausbarren und mit aller Kraft und Energie an der Stärkung der Organisation weiterarbeiten, nur dadurch können wir Vorteile erlangen. Wenn jeder organisierte Kollege seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut und für Stärkung und Ausbreitung der Organisation seine ganze Kraft einsetzt, dann müssen wir, aber auch nur dadurch werden wir bessere Verhältnisse herbeiführen. Was bisher verkannt wurde, das müssen wir im nächsten Jahre nachholen. Es ist noch sehr viel zu tun übrig im Weisfeld, namentlich sind die Löhne recht rückständige zu nennen. Hier eine Verbesserung herbeizuführen, ist schon einer Anstrengung wert.

Darum auf, Kollegen, zur intensiven Vorbereitung für unsere Organisation! Denn ohne Organisation kein Fortschritt!

Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

VI.

(Schluß.)

8. Die Rentenfestsetzung einigt und jecht.

Aber auch in anderer Richtung haben sich die Entschädigungsbedingungen für die Verletzten verbessert. Nach den Sekretariatsberichten der Berufsgenossenschaften das, was die Schrader und Schwedding im preußischen Abgeordnetenhaus von der Gesetzgebung forderten, daß der ihnen in reichem Maße zuteil gewordenen Unterstützung des Arbeitsversicherungsamtes, im weitest-lieben bereits erreicht. Für Fingerverletzungen und Verluste ist es - soweit es sich nicht gleich um den Verlust von mehreren Fingern handelt - kaum noch möglich, eine Rente zu erhalten. Der Verlust des vorderen Daumens, Zeige- und Mittelfingergliedes wurde früher mit einer 10- bis 15prozentigen Rente entschädigt. Heute erhalten die Verletzten im günstigsten Falle solche nur noch vollständig. Der Verlust des Mittels-, Ring- oder Mittelfingers bleibt in immer häufigeren Fällen ohne Entschädigung, respektive wird dieselbe auch nur auf kurze Zeit gewährt. Das gleiche trifft für Lebensverluste zu. Dem Gewohnungsmoment wird eine Auslegung zuteil, die den Berufsgenossenschaften eine jedwede Anwendung ermöglicht. Will nichts anderes zur Verabreichung sich zeigen, ist es nicht möglich, ein die wesentliche Besserung

Leben gewandelt, nur bedacht, sich einen Notarischen für das Alter zu erübrigen. Nun, das Alter war wohl gekommen, aber Krankheit und Arbeitslosigkeit hatten das Ersparnis wieder aufgefressen, und der Verdienst war immer geringer geworden. Darum zog der Alte die Brauen zusammen, wenn er an die Zukunft dachte, und voll trüber Gedanken schritt er neben seinem Gefährten der in der Vorstadt gelegenen Wohnung zu. Frau Anna räumte ihre Weisnäherer zur Seite, als sie die Männer kommen hörte. Erst dann blickte sie auf die Patete, welche die Eintretenden unter den Armen trugen. „Kann?“ fragte sie etwas ängstlich. „Eine Weisnäherüberwachung,“ sagte Karl. „Wir haben Feierabend getrieft.“

Man setzte sich zum Abendbrot, aber keinem wollte es so recht schmecken.

Frau Anna war aber ein resolutes Weibchen. „Laß nur,“ trieb sie, „wird schon wieder Arbeit bekommen. Jetzt vor Weisnäherer geht es doch überall flott, und wenn es nicht anders wird, lerne ich Dir das Weisnäherer.“

Karl betrachtete sein Weib. Trotz ihrer einundzwanzig Jahre sah man ihr schon die Spuren der anstrengenden Arbeit an. Ihre Augen waren von der Nachtarbeit gerötet, und der Müden vom Nachschlafen getrübt. Was sah sie aus von der Stubenluft, und um die Augen zeichneten sich dunkle Ringe.

„Vater Henkel, Kopf hoch, mein Gott, wer wird denn gleich so verarzt sein!“ Ihr Trotz schlug aber nicht sehr an und ließ feufzend setzte sie sich nach beendetem Abendessen wieder an ihre Nähmaschine.

Am folgenden Morgen begann das Arbeitssuchen der Männer. Zuerst bei den bekannten Firmen. Der Tag verlief resultatlos. Am anderen Tage studierten sie gleich früh den Arbeitsmarkt der Zeitungen. Einige Stellen standen darin, aber als sie blickten, waren sie schon besetzt. So ging es ihnen noch mehrere Male. Dann kamen Tage, wo überhaupt keine Stellen angeboten wurden. Dann wanderten sie planlos durch die Straßen, hier und da anfragend und immer wieder enttäuscht heimtrends. So waren acht Tage vergangen, und Frau Annas länglicher Lohn war der einzige Zufluß an Geldmitteln

„Es hat keinen Zweck, auf seinen Beruf Arbeit zu suchen,“ meinte Karl, „heutzutage muß man nehmen, was man kriegt.“ Aber auch da wurde ihm eine bittere Enttäuschung. Nam er in eine Fabrik und bot sich als Arbeiter an, so mußte er oft hören: „Welcher Arbeiter können wir nicht gebrauchen, die laufen und doch wieder fort, wenn sie ihrem Beruf nachgehen können.“

Da konnte in seinem Dergen furchtbare Wuterkel auf. Gedanken, die ihm früher nie gekommen, jähren auf ihn ein. War dieses Leben nach Arbeit, dieses Wetteilen um Weisnäherer ein Leben? Jeden Morgen mit einem frischen Hoffnung auszugehen und diesen im Laufe des Tages langsam, qualvoll erstickt zu sehen! Einen Tag wie alle Tage feierlich zum Sterben müde und wieder emporgewacht zu werden durch die Hoffnung, irgendwas gibt es doch Arbeit, und du verdammt hier ist das ein Leben? Wo war hier der Staat? Wenn sah's uns Steuerzahlen handelt, da kümmert er sich um den Vermitteln. Warum nicht auch sonst?

Das Feil der Liebe rüdte immer näher. Die paar Karl Ersparnisse waren längst aufgefressen. Es fiel Frau Anna auf, daß der alte Henkel den ganzen Tag unterwegs war. Er vermied es so viel wie möglich, bei den Nachbarn seines Freundes und dessen Frau zugegen zu sein. Etwas zu nehmen von denen, die selbst nichts hatten, vermehrte er nicht. So bildeten sich allmählich ein Verdruß und abends ein Stuhl Wort und Maffee seine Mahnung. Er war auf der Straße vor Enttäuschung zusammengebrochen und in ein Krankenhaus geschafft worden.

Der Winter hatte seine Herrschaft mit aller Strenge angetreten. In dümmen Hebergübel und zerfetzten Schuhen irte Karl durch die Straßen. Dabei in der kalten Stube sah sein Weib und nähte. Nacht um zusammengebissenen Lippen und Hammen Ängern für sich, ihrer Mann und das werdende dritte Weibchen unter ihrem Herzen.

Sechs Wochen sind vergangen, seit Karl außer Arbeit ist, und sie bereut nicht, wie sie die Zeit hunderbracht haben. Manches Stuhl ist verjert worden, und immer stärker pocht die Not an die Tür. Schulden will sie nicht machen, lieber hungern. Wie lange

der Unfallfolgen beschleunigendes ärztliches Gutachten zu erlangen. Dann holt man das Gewöhnungsmoment herbei, und es verläßt fast niemals. Selbst die ältesten, aus einer für die Verletzten günstigeren Zeit herrührenden Dancereuten fallen ihm zum Opfer; der Begriff „Dauerrente“ hat damit jede Bedeutung verloren.

Die Verschlechterung der Entscheidungs- und damit zugleich Entschädigungspraxis wird bezeichnend genug nicht nur durch die Arbeitersekretariatsberichte fortgesetzt, vielmehr stellt sich ihnen ein in dieser Beziehung durchaus unverdächtig und einwandfreier Zeuge zur Seite: die Nordwürttembergische Eisen- und Stahlversicherungsgesellschaft. In einer von ihr herausgegebenen Broschüre veröffentlicht diese Versicherungsgesellschaft eine höchst interessante Zusammenstellung der früher und jetzt üblichen Entschädigungssätze für Hand- und Augenverletzungen sowie älterer und neuerer Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, welche die Behauptungen der Arbeitersekretariate in weitestem Umfange bestätigen.

Hiernach bedarf es dafür wohl keines weiteren Beweises mehr, daß die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts sich zum Nachteil der Verletzten gewandelt hat und nicht mehr jenes Maß von sozialem Verständnis aufweist, wie man es noch unter dem Regime des Dr. Wödter beobachten konnte. Besonders fällt auf, daß diese Wandlung ein ziemlich plötzliche ist; sie beginnt mit dem 1897 erfolgenden Austritt des Dr. Wödter aus dem Präsidium des Reichsversicherungsamts. Nur kurze Zeit noch hielt man sich an die alte Tradition, dann ging Stück für Stück davon verloren, und heute zeigen die Entscheidungen des Reichsversicherungsamts keine Spur mehr davon.

9. Ärztliche Gutachten.

Die Schwierigkeit, für die Vertretung der Interessen der Verletzten ärztliche Gutachten zu erlangen, ist bei vielen Sekretariaten noch immer nicht überwunden. Es ist deshalb ein sehr ungleicher Kampf, den die Verletzten gegen die Versicherungsgesellschaften zu führen haben, wobei sie von vornherein den kürzeren ziehen müßten, wenn sie keine sachgemäße Unterstützung durch die Arbeitersekretariate fänden. Den Versicherungsgesellschaften dagegen stehen Ärzte zur Gemüte zur Verfügung.

Als ein sehr wesentlicher Mangel muß es bezeichnet werden, daß den Verletzten von den für die Rentenfestsetzungen und Herabsetzungen maßgebenden ärztlichen Gutachten und sonstigen Unterlagen seitens der Versicherungsgesellschaften keine Kenntnis gegeben wird, obwohl dies nach dem Gesetz geschehen soll. Auch viele Schiedsgerichte halten es nicht für notwendig, die im Verfahren abgegebenen Gutachten den Verletzten zugänglich zu machen, so daß der Verletzte gar nicht in der Lage ist, seine Berufung entsprechend zu begründen und die gegnerischen Behauptungen genügend zu wider-

legen. Dadurch wird die Einlegung der Berufung zu einer bloßen Formfalsch, was ihrer Wirksamkeit erheblichen Abbruch tun muß. Ein ähnliches Verfahren kommt auch gegenüber den Sekretariaten zur Anwendung, wie besonders der Bericht des Arbeitersekretariats Nürnberg scharf hervorhebt. Es wird dort darüber Klage geführt, daß das Sekretariat nicht schon bei Beginn des Rentenstreits Einsicht in die Akten erhält und darunter die Vertretung leidet. Befriedigend spricht sich in dieser Hinsicht nur das Stuttgarter Sekretariat aus, dem von den württembergischen Schiedsgerichten wie auch dem Landesversicherungsamt die Akten Einsicht in liberalster Weise gestattet wird. Das gleiche Verhalten muß von allen Schiedsgerichten gefordert werden, um so mehr, als das Reichsversicherungsamt der Akten Einsicht seitens der Sekretariate keinerlei Hindernisse in den Weg stellt.

10. Die Vertretung vor den Schiedsgerichten.

Wie weit man aber von der Erfüllung einer so selbstverständlichen Forderung entfernt ist, geht aus der Ablehnung von Arbeitersekretären als Vertreter der Verletzten durch die Schiedsgerichte hervor. Sonderbar wie diese Haltung ist auch ihre Motivierung. Am gelungensten erscheint wohl die Ausrede, welche das Schiedsgericht Stuttgart für die Nichtzulassung des dortigen Arbeitersekretärs ins Feld führt: es wolle die Fühlung mit den Verletzten nicht verlieren. Dabei hat dieses Schiedsgericht eine solche Fühlung noch niemals gehabt, denn sonst wäre es nicht zu einer so verkehrten Maßnahme wie die Zurückweisung eines Arbeitersekretärs gekommen. Daß die Versicherungsgesellschaften die Vertretung der Verletzten durch die Arbeitersekretäre nicht gern sehen, läßt sich schließlich noch verstehen, obwohl auch in solchen Fällen von Kurzsichtigkeit und Verkennung der Verhältnisse geredet werden muß. Selbständig unverständlich dagegen ist die Abneigung der Schiedsgerichte gegen die Arbeitersekretäre; kann doch deren Mitwirkung ihnen nur die Rechtsfindung erleichtern. Das hat sich noch überall gezeigt, wo ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Schiedsgerichten und Arbeitersekretariaten stattfand. Ein jeder Arbeitersekretär betrachtet es als selbstverständliche Pflicht, nur solche Sachen zu vertreten, von deren Erfolg er überzeugt ist. Infolge dessen scheidet er von den vielen an ihn herantrudenden Fällen eine große Anzahl als aussichtslos aus, mit denen sich unter anderen Umständen zweifellos die Schiedsgerichte zu beschäftigen hätten. Seine Sachkenntnis setzt ihn außerdem in den Stand, die für den speziellen Fall bedeutungsvollen Momente von vornherein zu erkennen und herauszuheben. Wo nur irgend angängig, wird er sofort mit dem Eintritt in das Verfahren alle dem Verletzten günstige Beweismittel beibringen und so daselbst wesentlich erleichtern und vereinfachen. Allein diese Erwägungen sollten genügen, um den Schieds-

nach, und sie legt ein neues Wesen in die Welt, an dessen Wiege Mitleid und Not als Paten stehen. Was soll dann erst werden? In der Dämmerung beginnen ihre Augen zu schmerzen, und sie läßt die Arbeit sinken. Daß fünf wieder!

Da wird die Tür aufgeschrien. „Mach Platz herem.“ „Arbeit! Anna, ich habe Arbeit!“

Sie springt auf, halb zweifelnd. „Wo?“

„Bei Dreier u. Co., und denke Dir, auch noch auf meinem Verus, morgen früh fange ich an.“

Ihre Hände zittern vor Freude, als sie das längliche Abend Brot aufsteht. „Warte nur“, tröstete sie, „wann Du den ersten Lohn bringst, gibt es wieder Butter und Wurst.“ Glücklich schaut sie ihm ein andern Morgen nach, als er, das frühgewaschene Arbeitszeug unterm Arm, davongeht. Mit Ungeduld erwartet sie seine Rückkehr am Abend. Es wird sieben, dann acht Uhr. Endlich gegen neun Uhr kommt er. Er erschrak über seinen Gesichtsausdruck.

„Nun, wie war es?“ fragte sie bestommen.

„Nun!“ brummt er finstler, „habe heute bei elfenhalbstündiger Arbeitszeit gerade zwei Mark fünfzig verdient.“

„Nun, nun,“ sagte Frau Anna und strich ihm das Haar aus der Stirn, „du mußt dich erst wieder in die Arbeit hineinfinden.“

Am dritten Tage, gegen Mittag, kam Mark heim und warf sein Bündel unter den Tisch.

„Mark!“ eine Welt voll Angst zitterte in dem Wort.

„Es ist aus,“ sagte er dumpf. „Der Meister brachte eine Arbeit, die ein anderer für den Hundelohn nicht machen will, zu mir. Ich wagerte mich, sie für denselben Preis zu machen, und nun ließ er andere Arbeit habe ich nicht, und wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen.“

Und da gingst Du? Heber Annas Wangen liefen trotz ihrer Bemühung, sie zurückzubalten, ein paar große Tränen.

„Auf die Straße gehst, wie ein Hund!“ fuhr er empor, „nein, noch schlimmer, denn der findet kein Futter im Müllhaufen. Und das soll göttliche Weltordnung sein.“

„Wir wollen hoffen,“ sagte Anna, „daß Du bald wieder etwas findest.“

„Hoffen?“ Er lachte grell auf. „Ja hoffen, auch bald vor Hunger aufkommen zu können, damit wir ins Krankenhaus kommen.“

Auf der Brück, welche den Eisenbahnkörper überspannt, stand Mark. Trüb schauten in einiger Entfernung die letzten Vorstadt-Läufer aus dem Nebel. Kalt und still ragten die zuckelnden Fahrlaternen in die Luft, aber kein Rauch entlud ihre Öffnungen. Die Fabriken waren zu Mittag geschlossen worden, um den Leuten Zeit zu geben, sich für das Fest zu rüsten. Auf dem Wege über die schneebedeckten Felder kam jetzt ein alter Mann mit einem Bündel Holz auf dem Rücken. Verschnaufend setzte er seine Bürde auf das Gelande neben Mark und versuchte ein Gespräch mit diesem anzuknüpfen. Mark drängte es auch, seinem Herzen noch einmal Luft zu machen, und er erzählte dem Alten seine ganze, alltägliche Tragödie. „Ja, ja,“ meinte der, „doch Ihnen geht's nicht allein so. Arbeitslos zu sein, ist heute der Arbeiter Los. Da vielleicht wird's bald besser.“ Mark schaute dem Alten nach, als dieser seine Bürde ablegend weiterfuhr. Er hatte ein Ende machen wollen, die Worte des Alten machten ihn wieder schmerzhaft. Da schob ein Strom roten Sonnengoldes durch die Wolkenmassen, so daß er geblendet die Augen schloß. Und da tauchte das Bild seines armen Weges vor seinem Geiste auf. Was sollte aus der werden? Nein, er mußte kämpfen, kämpfen mit dem Leben und dem Schicksal, bis er kein Glied mehr rühren konnte. Vielleicht gibt es bald Arbeit. Wie oft hatte er diesen Trost in den letzten Wochen gehört. Er ging heim. Anna fragte schon gar nicht mehr, ob er Arbeit hätte. Sie gingen jetzt schlafen, im Feuerung und Licht zu sparen. Frau Anna lauschte. Draußen lauteten die Glocken das Christfest ein. Neben sich hörte sie ihren Mann im Schlafe murmeln. „Es geht uns nicht allein so,“ arbeitlos... der Arbeiter Los... vielleicht.“ Der Kernte hoffte noch im Traum.

„Chemnitzer Volksstimme.“

gerichtet gegenüber den Arbeiterssekretariaten eine andere Haltung vorzuschreiben.

Eine der Zurückweisung der Sekretäre ähnliche Stellungnahme zeigen eine große Anzahl Schiedsgerichte dadurch, daß sie die den Sekretären seitens der Verletzten ausgestellte Vollmacht ignorieren und Terminfestsetzungen und Entscheidungen nicht an die Sekretariate, sondern nur an die Verletzten gelangen lassen. Hieraus erklärt sich die häufige Klage in den Sekretariatsberichten, daß man von dem Ausgang der einzelnen Fälle keine Kenntnis erhält. Ein solches Vorgehen der Schiedsgerichte ist in mehrfacher Beziehung für die Verletzten zum Nachteil. Wer viel mit Unfallverletzten zu tun hat, weiß, wie unbehilflich ein großer Teil von ihnen ist, und wie wenig sie oft die einfachsten schriftlichen Mitteilungen zu verstehen vermögen, wenn sie in dem betrauten amtlichen Stile abgefaßt sind. So kann man in Duzenden von Fällen beobachten, wie die in den Terminmitteilungen übliche Bemerkung, daß die Anwesenheit des Verletzten im Termin nicht erforderlich ist, und eine Entschädigung für Reisekosten usw. nur im Falle des Ob-siegens gewährt wird, in der Regel keine Beachtung findet. Weil sie die Terminmitteilung erhalten, glauben sie, auch in der Verhandlung anwesend sein zu müssen, und machen sich so unnötige Kosten. Die Zustellung der Terminmitteilung an das Arbeiterssekretariat hätte diesem Nebenstand vorgebeugt. Ein weiterer Nachteil aus der Nichtbenachrichtigung des Arbeiterssekretariats von dem Verhandlungstermin ergibt sich noch insofern, als dadurch in vielen Fällen eine persönliche Vertretung des Verletzten durch den Sekretär nicht stattfinden kann, und ersterer, mit der Wahrnehmung seiner Interessen vor Gericht nicht vertraut, sich hilflos selbst überlassen bleibt.

Nicht anders verhält es sich mit der direkten Zustellung der Entscheidung an den Verletzten unter Hebergung des Arbeiterssekretariats. Abgesehen davon, daß die Sekretäre auf diese Weise das Resultat ihrer Vermutungen in zahlreichen Fällen nicht kennen können, und damit zugleich die für ihre erfolgreiche Vertretung unbedingt notwendige Selbstkontrolle in Wegfall kommt, ergeben sich daraus sehr leicht ebenfalls schwere Nachteile für die Verletzten. Viele von ihnen halten es nicht für notwendig, das Sekretariat von der Zustellung der Entscheidung zu benachrichtigen, weil sie annehmen, daß man dort von dem Ausgang der Sache unterrichtet ist. Erhalten sie dann keine Nachricht, so erachten sie die Sache für erledigt und ein weiteres Reklamieren gegenüber der für sie ungünstigen Entscheidung für ausgeschlossen. Ein solcher Irrtum entsteht bei ihnen um so leichter, als ein auf die Reklamation bezuglicher Hinweis in den Entscheidungen der Schiedsgerichte nicht enthalten ist. Auf solche Weise ist dann die Reklampflicht leicht verfehlt und so mancher durchaus ausrichtliche, wesentliche Vorteile für den Verletzten versprechende Sache zu dessen Ungunsten erledigt.

Gegen diese Praxis der Schiedsgerichte muß deshalb mit aller Entschiedenheit Protest erhoben werden, läuft sie doch auf nichts anderes als auf eine unzulässige Parteinarbeit für die Berufs-gewerkschaften hinaus. Nach § 176 der Zivilprozeßordnung müssen die in einem unabhängigen Rechtsstreit erforderlichen Zustellungen an den für die Instanz bestellten Prozeßvollmächtigten erfolgen. Das Reichversicherungsamt hat sich zwar in dieser Hinsicht auf den Standpunkt gestellt, daß das Unfallversicherungs-gesetz auch die Zustellung an die Partei zuläßt, immerhin in dieser Fall nur als Ausnahme gedacht, während eine Anzahl Schiedsgerichte die Nichtachtung der Arbeiterssekretariate und ihre Hebergung bei Zustellungen prinzipiell betreiben.

Schluss.

Damit kommen wir zum Schluss. Wir haben nur einen kleinen Teil aus dem Material der von uns durchgesehenen 40 Verurteilungen anführen können. Aber schon das Angeführte zeigt zur Genüge, wie viele Mängel der heutigen Unfallversicherung anhaften und wie wohlbedenklich die von der Arbeiterschaft erhobene Forderung nach einer baldigen und umfassenden Reform ist. Zugleich aber geht aus dem Mitgeteilten hervor, daß ohne ein weitgehendes Mitwirkungsrecht der Arbeiter bei der Rentenfestsetzung eine auch nur einigermaßen zufriedenstellende Verringerung der Verhältnisse nicht erreicht werden kann. Die Berufsgenossenschaften wehren sich dagegen mit aller Entschiedenheit; sie wollen von ihrer Selbstherrlichkeit kein Tüpfelchen preisgeben. Das kann die Arbeiter nicht zum Nachgeben veranlassen. Im Gegenteil! Mit um so stärkerem Nachdruck ist von ihrer Seite darauf zu bestehen, daß ihnen, die im Produktionsprozess Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen müssen, der für die Gestaltung ihrer Entschädigungsverhältnisse erforderliche Einfluß eingeräumt wird.

Aus den Stadtparlamenten.

Braunschweig. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, für die städtischen Arbeiter 50 000 bis 60 000 Mk. für eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu bewilligen, abgelehnt. Arbeitslöhne von 750 bis 1050 Mk. pro Jahr und Monatsgehälter von 70 bis 80 Mk. schienen den Herren hoch genug. Dagegen wurden über 200 000 Mk. jährlich für Aufbesserung der Gehälter der höheren Beamten bewilligt, Gehaltserhöhungen von 33 bis 35 Proz. — Koalitions-entwertung und schlechte Entlohnung soll also die Braunschweiger stollegen „zufrieden“ machen!

Göteborg. Die letzte Sitzung der Stadtverordneten bewilligte den städtischen Arbeitern eine Feuerungszulage von 20 Kr. für den Arbeitstag. — Leider ist nicht angegeben, wie „hoch“ jetzt der Tagelohn gestiegen ist.

Hief. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden die Arbeitslöhne der Gasanstaltsarbeiter von 2,10 auf 2,50 Mk. erhöht. — Wie es scheint, waren für den bisherigen Lohn tüchtige Arbeiter nicht mehr zu haben!

Schöneberg. Der Magistrat hat in der letzten Sitzung beschlossen, eine Feuerungszulage von 30 Mk. für städtische Arbeiter, und 20 Mk. für Arbeiterinnen zu gewähren, die noch vor Weihnachten ausgezahlt werden soll.

Aus unserer Bewegung.

Chemnitz. Am Sonntag, den 6. Dezember, abends 6 Uhr, legte eine öffentliche Versammlung im Pallhaus „Sängerlage“, Tagesordnung: „Anfrage im Januar eingereichte Petition um Lohn- und Verfallslohnspolizei der Stadtverwaltung.“ Als Referent war der Moll. Werthold-Veipzig erschienen. Er geißelte das Verhalten der Stadtverwaltung ihren Arbeitern gegenüber und betonte, daß wohl innerhalb von 10 Monaten einmal Zeit zur Verfügung gestanden hätte, um den Arbeitern wenigstens eine Antwort zugehen zu lassen, ob ihre Lohnforderungen Berücksichtigung finden oder nicht. Auch schuldete er die Lohnverhältnisse in eingehender Weise. Das Resultat ergab, daß die Großstadt Chemnitz anderen viel kleineren Städten gegenüber an Löhnen weit nachsteht. Er wies darauf hin, daß die städtischen Beamten vom Tage ihrer Petitionseinreichung eine Lohnverhöhung bekommen haben, aber die Arbeiter nicht einmal eine Antwort, trotzdem schon öfter vom Ratssitzung erklärt wurde, die Arbeiter sind uns so lieb wie die Beamten. In der heftigsten Diskussion wurde eine scharfe Resolution befürwortet sowie die Wahl einer Kommission, die bei dem Rat der Stadt vorstellig werden sollte. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 6. Dezember von 200 Pers. in im Pallhaus „Sängerlage“ tagende Versammlung der städtischen Arbeiter nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der Verfallslohnspolizei ihrer im Januar dieses Jahres eingereichten Petition um Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses. Die Versammelten sind der Meinung, daß bei einem guten Willen es dem Rat der Stadt möglich gewesen wäre, bis zum Ende dieses Jahres die eingereichte Petition zur Erledigung zu bringen. Nach Verlauf von 10 Monaten ist aber weder den Arbeitern noch der vorstellig gewordenen Kommission eine zufriedenstellende Antwort zuteil geworden. Die städtischen Arbeiter hätten geglaubt, daß der Rat, so gut wie er bei den Beamten die Notwendigkeit einer Gehaltserhöhung eingesehen hat, auch den städtischen Arbeitern eine Lohnverhöhung hätte zuteil werden lassen können. Die städtischen Arbeiter erwarten nun endlich — da, wie schon öfter vom Ratssitzung aus erklärt worden ist, kein Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern in Lohnfragen gemacht werden solle — daß der Rat nun ein beschleunigteres Tempo annimmt, um den städtischen Arbeitern die Wünsche, die in der Petition angegeben sind, zu verwirklichen. Von der Resolution soll eine dem Rat der Stadt und auch dem Stadtverordnetenkollegium zugehtelt werden. Ebenso wurde die Kommission gewählt. Unter „Gewerkschaftlichen“ wurden wieder Klagen und Beschwerden laut, besonders aber die Gasanstalt H. Im Schlußwort empfahl Moll. Werthold den Anwesenden, in Zukunft dem Rat fortgesetzte Beschwerden unserer Genossen im Stadtverordnetenkollegium zu unterbreiten, damit endlich von Ratssitzung Abhilfe geschafft werde. Nachdem noch vom Vorsitzenden auf die Notwendigkeit der Organisation und auf das Ankommen der Arbeiter in der „Volkstimme“, hingewiesen worden war, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Hief. Die Arbeiter wollten nicht am 10. Dezember im „Ritter Hof“ eine Versammlung ab, in welcher Mollage Recht einen Vortrag über „Die Stadtverordnetenwahl und ihre Bedeutung für die Gemeindegewerkschaft“ hielt. In der Diskussion machte Kollege M. bekannt, daß die Behauptung, wonach die organisierte Gasarbeiter über Wahlrecht nicht genug hätten, falsch sei, und dieser Irrtum hat zu unserer aller Überraschung aufgeklärt hätte. — Nachdem noch Kollege M. als Ausschussmitglied Bericht von der letzten Sitzung unter „Verständlichen“ wurden einige interne Angelegenheiten behandelt. Zum Schluß der imbrönten Versammlung wurden die Kollegen noch auf die Bedeutung der Arbeiterpresse verwiesen, und die Hoffnung ausgesprochen,

das verschiedene Kollegen ihre Interesslosigkeit abstreifen und auch rege Versammlungsbesucher werden.

Leipzig. Die Straßenreiniger hielten am 11. Dezember eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Schuchardt gab einen Bericht über die Antworten des Rates auf die Eingaben der Arbeiterausschüsse. Hervorzuheben ist, daß die Arbeiter seit 1906 die Forderung auf Einführung von Wochenlöhnen gestellt haben. Die Korarbeiter beanspruchen 28 Mk. pro Woche, während die Arbeiter 24 Mk. verlangen. Diese Forderungen sind vom Rat mit der Motivierung abgelehnt, daß ein zu großes Arbeiterangebot vorhanden sei. Die Stadt Leipzig bezahlt die Arbeiter der Straßenreinigung noch unter dem ortsüblichen Tagelohn. Während das Krankenversicherungskomitee festgelegt hat, erhalten die Arbeiter nur 3,12 Mk. pro Tag. Das entspricht einem Einkommen von 1075 Mk. pro Jahr. In der Stadtverordnetenversammlung am 9. Dezember brachten unsere Genossen die Forderungen der Arbeiter wegen Lohnerhöhungen zur Sprache. Stadtdirektor Orth führte aus, daß nach den Feststellungen des Armenamtes die Bedürfnisse einer Familie mit zwei Kindern unter 5 Jahren wöchentlich auf 22,80 Mk. bis 24,75 Mk., und die Bedürfnisse einer Familie mit fünf Kindern auf 31,36 Mk. bis 41,95 Mk. zu berechnen seien. Schon vor dreißig Jahren hat im städtischen Landtage ein Antrag gestellt, daß zur Ernährung einer Arbeiterfamilie ein Minimum von 1000 Mk. erforderlich sei. Nach der Berechnung des Referenten würde die beantragte Lohnerhöhung der Arbeiter 112.000 Mk. betragen. Am dem Rat Gegenüber zu geben, die Wünsche der Arbeiter zu berücksichtigen, wurde der Antrag gestellt, eine zeitgemäße Lohnerhöhung einzutreten zu lassen. Ein Mittelständler, der Stadtdirektor Joachim, schloß sich den Ausführungen veranlaßt, gegen die Forderungen der Arbeiter vom Vedor zu geben. Die Straßenreinigung sei eine leichte, sie könne von Kindern und jungen Leuten ausgeführt werden. Weiter kann er nicht begreifen, daß Arbeiter, welche fünf Kinder zu ernähren haben, bei der Straßenreinigung beschäftigt werden. Die Arbeiter konnten zustimmen. Es würden noch Wohlhabende und Vergünstigungen gewährt. Moll, Schuchardt gestellte mit scharfen Worten die Verunsicherung der Arbeiter durch die bürgerlichen Stadtverordneten. Meider, Weisall belohnte den Redner für seine Ausführungen. — Sammlende Redner verurteilten in der Diskussion das Vorgehen des Stadtdirektors Joachim aufs schärfste. Bei Einstellung der Arbeiter wird jeder vom Arzt untersucht. Auch dürfen die Arbeiter die 15. Lebensjahr nicht überschritten haben. Von Herrn Stadtdirektor Franke hätten die Arbeiter wohl erwarten können, daß die Ausführungen des Stadtdirektors Joachim auf das entschiedenste zurückgewiesen würden. Herr Franke muß doch sein Meider kennen und ein Urteil darüber haben, ob die Arbeit eine hundertarbeit ist oder nicht. — Die Antwort des Rates auf die Eingaben der Arbeiterausschüsse, keinen höheren Lohn inselge der großen Anzahl von Arbeitsträgern zahlen zu können, wurde von den Diskussionsrednern gleichfalls einer scharfen Kritik unterzogen. Daß die Arbeitervertreter im Stadtparlament unsere Forderungen so warm vertreten haben, wurde dankend anerkannt. Die Anwesenden werden aufgefordert, die Arbeiterpresse zu abonnieren und das Bürgerrecht zu erwerben, damit sie bei zukünftigen Wahlen ihre Stimmen zugunsten der Sozialdemokratie in die Wahlkassen werfen können. Verschiedene Wünsche in den einzelnen Bezirken wurden eingehend besprochen und der Arbeiterausschuß beauftragt, für Nothilfe zu sorgen. Eine Anzahl Neuaufnahmen war der Erfolg.

Lübeck. Unsere Filiale hielt am 4. Dezember ihre Versammlung ab. Der Vorsitzende referierte zunächst über die notwendige Erhöhung der Beiträge, um die Erwerbslosenunterstützung zu erhalten. Mit den jetzigen Beiträgen ist nicht auf auszukommen. Die Unterstützung von 3 Mk. aus der Filialkasse müßten wir schon deshalb gewähren, um mit den anderen Gewerkschaften gleichen Schritt zu halten. Um nun den erhöhten Anforderungen genügen zu können, müßten wir unsere Wochenbeiträge auf 50 Pf. erhöhen. Diese Bestimmung soll am 1. April 1909 in Kraft treten, da die Beiträge zum Oktober n. J. vom Verbandstag voranzieht. Ich doch erhöht werden, wäre es besser, schon im April die Neuregelung vorzunehmen. Kollege Wohl ergänzte in ausführlicher Weise diese Ausführungen. Der Antrag wurde von einzelnen Kollegen hart bekämpft, viele traten aber auch für ihn ein. Die Abstimmung mittel. Stimmentel ergab 44 mit „Ja“ und 22 mit „Nein“. Der Antrag ist somit angenommen. Unter „Verschiedenes“ rügte der Vorsitzende das Vorgehen eines Unterlassener, der nur alle zwei Wochen loziert hat. An Stelle des Kollegen Holz wurde D. Mempel als Unterlassener gewählt. Gedann besprach Kollege Wohl die Frage: „Wie verbessern wir unsere Lage“. Es wurde beschlossen, im Monat Januar und Februar Messingversammlungen abzuhalten zwecks Besprechung und Ausarbeitung einer neuen Lohnange.

Mandeburg. (Ein gelber Gemeindegewerkschaftsverein?) Eine Versammlung von städtischen Arbeitern war zum letzten Sonntag nachmittag nach dem Lokal des städtischen Arbeitsnachweises, Peterstraße 1, einberufen worden. Einberufen waren die städtischen Arbeiter Müdenheim und Schulze. Als die Versammlungsbesucher Einlaß in den Arbeitsnachweis begehrten, stellte sich Schulze

ein und teilte den Darrenden mit, daß der Herr Bürgermeister (welcher?) erklärt hätte, er würde dem Verein gern in jeder Beziehung unterstützen, aber den Arbeitsnachweis könne er zu der Versammlung nicht hergeben. Die Versammlung fand daher im benachbarten Lokal in der Peterstraße statt. Einer der Einberufenen, Müdenheim, führte aus, daß seine Vorgesetzten in der Verwaltung ihm gesagt hätten, wenn er dem Verband beitrete, würde er brotlos, flüge aus der Straßenpflaster und müsse Steine heben. Müdenheim empfahl daher die Gründung eines anderen Vereins, von dem er erwartet, daß die Vorgesetzten nichts dagegen einzuwenden haben. Verschiedene Redner traten Müdenheim entgegen und verwiesen darauf, daß ein solcher Eingriff in städtischer Verwaltungsbeförden in die gesetzlich garantierte Arbeitsfreiheit der Arbeiter doch kaum glaublich sei. Sie setzten weiter auseinander, daß auch für die städtischen Arbeiter eine Organisation unumgänglich notwendig sei und wiesen nach, daß als solche nur der Gemeindegewerkschaftsverein in Frage kommen könne. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die im benachbarten Lokal versammelten städtischen Arbeiter der verschiedenen Betriebe verurteilen das Gebahren sogenannter Kollegen, für die städtischen Betriebe einen Verein zu gründen. Die Anwesenden wissen, daß derartige Vereine nur Unfrieden unter die städtischen Arbeiter bringen und hoffen, daß sich kein städtischer Arbeiter findet, der solchen Vereinen beitrete. Nach wie vor erklären die Versammelten, daß sie nur im Verbands der Gemeindegewerkschaft und Staatsarbeiter ihre wirksamste Interessenvertretung erblicken und daß die Unterstützungsanstalten gut ausgebaut sind. Sie verpflichten sich deshalb, mit aller Energie für Ausbau desselben beizutragen und fordern alle Kollegen auf, die es erblickt mit sich, ihrer Familie und ihren Arbeitskollegen meinen, dem Verbands der Gemeindegewerkschaft beizutreten.“ — Der Versuch der Gründung eines gelben Gemeindegewerkschaftsvereins, denn nur um einen solchen kann es sich gehandelt haben, wäre also veräußert abgelehnt. Unsere Kollegen haben aber alle Ursache, auf der Hut zu sein, damit ihre Interessen nicht doch durch eine gelbe Organisation verraten werden.

Reinickendorf. Am 11. Dezember waren die Reinickendorfer Kollegen bei Hause versammelt, um zur Frage des Abzuges der 10. Stunde Stellung zu nehmen. Am gleichen Abend waren die Gemeindegewerkschaftsmitglieder im Rathaus versammelt, um unter anderem auch über einen Antrag zu verhandeln und zu beschließen, den Gemeindegewerkschaftsvereins eine Forderungsgewerkschaftsangelegenheit zu bewilligen. Zu diesem Zwecke wurden 24.000 Mk. bewilligt. Schon bei der Beratung auf Gewährung einer Summe von 20.000 Mk. als Weihnachtsgeschenken für Erlösarme wies Gemeindegewerkschaftsmitglied OHL auf die beschämende Tatsache hin, daß den Gemeindegewerkschaftsarbeitern trotz ihrer an und für sich schon geringen Löhne durch den Abzug der 10. Stunde ein 10prozentiger Lohnabzug gemacht werde. Herr Bürgermeister Wille wies diese Ausführungen als nicht zur Sache gehörig zurück und meinte, im übrigen seien die Gemeindegewerkschaftsmitglieder in Rücksicht auf ihre schwache Erwerbsfähigkeit genügend entlohnt. Wir müssen ganz entschieden Verwahrung gegen diese Ausführungen des Bürgermeisters einlegen. Die Mehrzahl der Gemeindegewerkschaftsmitglieder ist im Wohlstand ihrer Kräfte. Von allen Arbeitern wird ein Maß von Arbeit verlangt, das ein minderleistungsfähiger Arbeiter gar nicht ausführen kann. Die Mehrzahl der Straßenreiniger, die Parkarbeiter, die Wasserwerksarbeiter und die Sanitätsarbeiter sind jüngere, volkräftige Leute. Das Wort des Herrn Bürgermeisters trifft also nicht zu. Trotzdem die Gewährung der 21.000 Mk. für die Gewerkschaften in gleicher Sitzung verhandelt wurde, ist doch bekannt geworden, daß die sozialdemokratischen Gemeindegewerkschaftsmitglieder ganz energisch für die Interessen unserer Kollegen eingetreten sind. Der Erfolg ihres Eintretens war der Beschluß, den Abzug der 10. Stunde rückgängig zu machen und jedem Arbeiter als Entschädigung die Summe von 10 Mk. auszugeben. Es ist dies ein Erfolg unserer Bewegung. In dankenswerter Weise sind unsere Arbeitervertreter im Gemeindeparkament für uns eingetreten. Doch dieses Eintreten wir nur dadurch ermöglicht, daß ein, wenn auch zurzeit noch kleiner Teil der Kollegen, sich ganz entschieden gegen den Abzug der 10. Stunde wandte. Wir können hieraus ersehen, wie dringend notwendig es ist, daß die Kollegen auch selbst Hand anlegen, wenn es gilt, Vorteile zu erzielen. Wärdten alle Reinickendorfer Gemeindegewerkschaftsmitglieder hieraus ziehen und sich Mann für Mann dem Verbands der Gemeindegewerkschaft anschließen.

Schöneberg. Ueber: „Die Lebensmittelpflichterung und das Einkommen der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen“ referierte am 13. Dezember Stadtdirektor Müller vor einer zahlreichen, auch von bürgerlichen Stadtverordneten besuchten Versammlung. Gestützt auf ein umfangreiches Material führte Redner den Nachweis, wie elend sich die Lebenshaltung der städtischen Arbeiter gestaltet. Zugleich zeigte er, daß die Löhne der städtischen Arbeiter Schönebergs mit die niedrigsten aller Vororte seien. Schon vor einem Jahre hätten die Arbeiter durch ihren Ausdauß dem Magistrat ihre Wünsche unterbreitet, diese Artlage seien einer Kommission überwiesen worden, die aus Mitgliedern einiger Deputationen besetzt war. Die in der Kommission gepflogenen Beratungen waren ziemlich

geheim. Jetzt endlich sieht man sich durch, daß die gezielten Anträge meistens abgelehnt seien. Die Forderung der Einführung von Wochenlöhnen mit jährlicher Steigerung müsse errungen und dem schwankenden Zustand der Stundenlöhne ein Ende gemacht werden. Der lebhafteste Beifall der Versammelten bewies, daß der Referent die Zustände treffend geschildert hatte. Der Stadtv. Hoffmann (Soz.) als Mitglied jener Kommission bekräftigte das Gesagte. Aus den Beratungen komme nicht viel heraus, und welcher Geist hierbei vorherrsche, beweise am deutlichsten der Ausspruch eines Mitgliedes, der da sagte: „Wie können die Arbeiter es wagen, zu einer Versammlung zu laufen und über Lohnforderungen zu reden, wo wir uns damit beschäftigen“. Das sei so der Geist der Reaktion, der ein Koalitionsrecht nicht kennt. Und dieser Herr sei ein Jurist, der die sozialen Verhältnisse der Schwaben kennen sollte. — Der Stadtv. Zobel (Lw.) meinte, die Arbeiter sollten die Politik nicht in die Versammlungen tragen; die ihm zugesandte Einladung sei ihm sehr politisch vorgekommen, die Politik soll in der Profifrage keine Rolle spielen. Im übrigen bestritt Zobel die vom Referenten gemachten Ausführungen über die niedrigen Löhne und behauptete, daß die von Schöneberg gezahlten Löhne höher seien als wo anders. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Stadtv. Ebit und Päämker (Soz.) sowie ein Kollege, der im Sinne des Referenten sprach. In seinem Schlusswort widerlegte Genosse Müller die vom Stadtv. Zobel gemachten Angaben. Mit der Aufforderung, sich zu organisieren und der einstimmigen Annahme einer Resolution, die sich energisch für die Forderungen der Arbeiter ausspricht, wurde die imposante Versammlung geschlossen. — Im Hinblick hieran sei gleich mitgeteilt, daß der Antrag der händischen Arbeiter, die Stundenlöhne in Wochenlöhne umzuwandeln, tatsächlich durch die vom Magistrat eingesetzte Unterkommission abgelehnt ist. Dafür sollen die Arbeiter eine Erhöhung der Lohnsätze um 25 Pf. pro Tag erhalten. Diesen Beschluß fasste die Kommission an demselben Tage, an dem die obige Versammlung unserer Kollegen tagte. — Wir werden auf diese Vorgänge später zurückkommen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Streits und Ausperrungen in Deutschland in den ersten drei Quartalen 1908. Trotz der Mangel der amtlichen deutschen Streitstatistik bilden die vom statistischen Centralamt alljährlich veröffentlichten Ziffern doch gewisse Anhaltspunkte zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, besonders wenn man sie in Vergleich zu denen ja unter den gleichen Verhältnissen entstandenen Ziffern früherer Jahre bringt. Nachstehende Tabellen zeigen Umfang und Ergebnis der Konflikte und Ausperrungen in den ersten drei Quartalen 1906 und 1907.

Streits		1906	1907
In den ersten drei Quartalen beendet			
Streits		1641	1052
Betroffene Betriebe		10 179	4 316
Direkt freitende Arbeiter		140 719	55 621
Gezwungen freitende		7 412	7 028
Die Streifenenden	vollen	329	154
	teilweisen	643	352
	keinen	669	546
Ausperrungen			
In den ersten drei Quartalen beendet			
Ausperrungen		192	160
Betroffene Betriebe		4 678	1 642
Ausgesperrte Arbeiter		67 312	41 436
Gezwungen freitende		1 335	283
Die Ausperrungen	vollen	85	102
	teilweisen	80	50
	keinen	18	8

Die Zahlen zeigen ein großes Abflauen der Streikbewegung und der Ausperrungen. Im letzten Jahre endete der meiste Teil der Streits mit vollem Erfolg, in diesem Jahre war es nur der siebente, und während 1906 nur rund 10 Proz. aller Streits verloren gingen, war dies 1907 bei über 50 Proz. der Fall. Auf der anderen Seite sind wieder die Ausperrungen erspörender geworden. Im Vorjahre endeten von 192 Ausperrungen noch 18 erfolglos, in diesem Jahre von 160 nur noch 8, während 192 einen vollen, 50 einen teilweisen Erfolg aufwiesen.

Besteuerung der Gewerkschaften. Die sächsische Regierung hat ein neues Steuerrecht erdacht, um das ihr die Reichsregierung nachsicht sein kann. Wie sich das in Sachen von selbst versteht, sucht man neue Steuerquellen nur beim Arbeiter. Endlich ist man auch darüber gekommen, daß die Gewerkschaften dazu geeignet wären, die „glänzenden“ sächsischen „Lohnlosen“ zu besteuern. Allerdings sind solche Versuche schon früher gemacht worden, aber diesmal scheint man, und zwar in Dresden, „auf's Ganze“ zu gehen. Fast sämtliche Dresdener Ortsverbände der Gewerkschaften haben die Aufforderung erhalten, über ihre Vermögensstände zu deklarieren. Warde diese Besteuerung zur Tatsache, würde sich wohl ein Gerichtshof, der im

Verfassungsausschusse eine solche Besteuerung der Gewerkschaften als zulässig erklären würde, so wäre das ein nicht zu übersehendes Beispiel für die Wertung sächsischer Sozialpolitik. Die Gewerkschaften, die mit ihren Unterfügungen den Armenstand entlasten, die Opfer unserer Wirtschaftsordnung vor dem Verfall in die tiefste Elend bewahren, diese Gewerkschaften sollen noch extra dafür bezahlen, weil sie eine Kulturart leisten, weil sie dem Staat eine Reihe elementarster Pflichten abnehmen, weil sie tun, wozu sich bisher das Deutsche Reich nicht als fähig erwiesen hat — nämlich, weil sie viele Tausende am wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Leben erhält. — Wir glauben, daß dieses neue Attentat abge schlagen wird, da die Widersinnigkeit zu offensichtlich ist.

Die Forteschüller haben in einer Urabstimmung sich mit 2471 gegen 511 Stimmen für den Zusammenschluß mit den Sattlern entschieden. Da auch die letzteren für die Ver schmiegung in ihrer großen Mehrheit stimmten, wird am 13. April 1909 in M. N. ein gemeinsamer Verbandstag abgehalten, der diese Ver schlüsse ab 1. Juli 1909 perfekt machen soll.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat kürzlich beschlossen: „Die Erklärung des Tarifamtes vom 23. August 1902, betr. Tarifuntreue des Gutenbergverbandes, ist nach § 82 des Tarifs gesamtstandslos geworden.“ — Damit ist dem jetzigen „schändlich“ nennenden gelben Gutenbergbund keine Anerkennung geworden, wie diese Herren das auslegen möchten, sondern es bleibt noch wie vor ihr „Frevler“, Mausesteele zu spielen. Soweit einzelne von ihnen aber willkürlich tarifiren sind, unterstehen sie dem Tarifgesetz.

Arbeitslosenfürsorge der Münchener Gewerkschaften. Auf Veranlassung des Statistischen Bureaus hat der Münchener Gewerkschaftsbereich Erhebungen angestellt über die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften und die von den gewerkschaftlichen Organisationen gezahlten Arbeitslosenunter stützung. Für München haben diese Erhebungen für das Jahr 1907 folgendes Resultat ergeben: Organisiert waren in München im Jahresdurchschnitt 52 592 Arbeiter und Arbeiterinnen, Organisationen, die Arbeitslosenunterstützungen zahlten, hatten 38 285 Mitglieder. Arbeitslosenunterstützung erhielten 5187 Per sonen für 102 635 Tage. Unter Zurechnung der Wartezeiten betrug die Zahl der Arbeitslosentage 190 910. Insgesamt wurden für Arbeitslosenunterstützung 151 086 Mk. ausgezahlt. Diese Ziffern werden jedem ernstlichen Arbeiter zeigen, wie nützlich die Tätigkeit der Gewerkschaften ist.

Die Einführung der Arbeitslosenunter stützung und der Unterstützung in Zwickau wird im Verband der Lagerhalter geplant. Der Vorstand dieses Verbandes hat eine Beschlusse gearbeitet, in der bei Arbeitslosigkeit eine wöchentliche Unterstützung von 15 Mk. im Ausmaß genommen ist. Das Sterbewohl soll je nach der Dauer der Mitgliedschaft 50 bis 100 Mk. betragen. Die Einführung dieser Unterstützungen würde eine Erhöhung der Beiträge notwendig machen. Die Beiträge von 1.25 Mk. für den Monat sollen deshalb auf 50 Pf. für die Woche erhöht werden.

Arbeitslosigkeit bei den Lithographen und Steindruckern. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit wird hauptsächlich durch Ausschaltungen in verschiedenen Geschäftszweigen. Der Verband, dem jetzt 90 Proz. sämtlicher Berufsangehörigen als Mitglieder angehören, hat 16 648 Mitglieder. Von diesen waren am 29. April d. J. 613, am 6. Juni 663, am 10. September 935 und am 10. November 997 Mitglieder arbeitslos. Jetzt man die größeren Städte aus der in der „Graph. Presse“ veröffentlichten Statistik heraus, so entfallen auf Berlin 307 Arbeitslose, auf Leipzig 227, Dresden 73, München 63, Nürnberg 52 usw. Als diese große Arbeitslosigkeit einsetzte, rief der Verband, um die Not der arbeitslosen Mitglieder zu lindern, zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Gleich im Verband das Unterstützungsgesetz gut ausgearbeitet ist (Arbeitslosenunterstützung gibt es z. B. je nach der Mitgliedsdauer bis 15 Wochen lang a 12 Mk.), ergab sich bald, daß recht viele Kollegen länger Zeit arbeitslos waren und somit keine naturwidrigen Ansprüche mehr gehabt hätten. Es wird daher an diese unglücklichen Mitglieder eine Ertraunterstützung ver sprochen. Die Verdien erhalten 1 Mk. und die Behermateten 7 Mk. wöchentlich. Ausgespartet waren nun von den am 10. November verbannten 997 Arbeitslosen 115, so daß allein für diese Ertra unterstützung bis zum 7. November 28 271 Mk. verausgabt wurden. Hierzu kommt, daß auch die Ausgaben an naturwidrigen Arbeitslosen unterstützungen sowie auch an Krankenunterstützung diese abt es wöchentlich 12 Mk. bis zur Dauer von 52 Wochen) angeblich ge stiegen ist. Denn es ist eine bekannte Erfahrung sämtlicher Sozialkassen, daß bei zunehmender Arbeitslosigkeit auch die Krankenunterstützung steigt. Zur Tilgung der unabweislichen Ausgaben ist eine Ertraunterstützung von 10 Pf. pro Woche ausgeschrieben.

Ausperrung im Mannheimer Industrie gebiet. Seit 10 Wochen streiken etwa 600 Arbeiter der Stachel werke in Mannheim, weil man ihnen den Abschloß erheblich kürzen wollte. Der Verband der Metallindustriellen hat nun vor länger Zeit angekündigt, daß, wenn die Arbeiter dieses Werkes

die Arbeitsbedingungen, welche von einer Einigungscommission unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Martin von Mannheim mit der Firma und den Organisationsleitern des Deutschen Metallarbeiterverbandes vereinbart worden seien, nicht annehmen, die Arbeiter der anderen Fabriken zum 1. Januar ausgesperrt werden würden. Die Arbeiter haben den Vorschlag geprüft und ihn mit der ungeheueren Majorität von 397 gegen nur 31 Stimmen verworfen. Der Verband der Metallindustriellen hat nun sofort die angekündigten Konsequenzen gezogen und den in Verbandsfabriken beschäftigten Arbeitern zum 1. Januar gekündigt. Wenn das Unternehmertum brutal genug ist und seine Drohung wahrmacht, dann werden am 1. Januar in Mannheim, Ludwigsbafen und Frankenthal etwa 14 000 bis 15 000 Arbeiter auf dem Straßenpflaster liegen, nur weil die Arbeiter einer Fabrik von ihrem Rechte Gebrauch machten und sich gegen einen Lohnabzug wehrten.

Vernichtende Urteile über die positive Tätigkeit der Girsch-Dunderschen. Die sozialpolitische und statistische Tätigkeit der sonst von Unternehmer- wie von liberaler Seite so sehr bekämpften freien Gewerkschaften hat schon allgemeine Anerkennung gefunden und viele sozialpolitische Fortschritte durchgesetzt. Besonders die Arbeiten des Reichsstatistischen Amtes sind von den Arbeiten der freien Gewerkschaften ganz wesentlich bereichert worden, während besonders die Girsch-Dunderschen Gewerbevereine auch in dieser Hinsicht völlig versagen. Selbst die bürgerlich-liberale Zeitschrift "Soziale Praxis" schrieb kürzlich: "In der Gewerkschaftsstatistik fällt die Minderwertigkeit der Berichterstattung der Girsch-Dunderschen Gewerbevereine auf, die, obwohl gering an Umfang, dennoch ihre Zahlen für 1907 noch nicht zur Verfügung stellen konnten und selbst für 5 unter 19 Federbänden nicht einmal die Angaben für 1906 zu liefern in der Lage waren." Dieses Urteil harmoniert vollständig mit dem, das der unseren Kollegen bekannte Statistiker, Dr. Paul Rombert, vor einigen Jahren über eine für 1903 erschienene Arbeitsstatistik der Girsch-Dunderschen Gewerbevereine sagte, indem er schrieb, daß derselben irgendein allgemeiner Wert nicht zugesprochen sei, und daß sie keinem Vergleich mit den Erhebungen der freien Gewerkschaften standhalte. Daß die von den Girsch-Dunderschen Arbeiterzeitungspublizisten zur Begründung ihres Daseins als ihre eigentliche Aufgabe gegenüber den freien Gewerkschaften markthändlerisch hervorzuheben positive Arbeit von ihren eigenen liberalen und tatsächlichen sachkundigen Freunden so vernichtend beurteilt, ja ihr jeder Wert abgesprochen wird, während man die praktischen Arbeiten unserer Gewerkschaften demgegenüber als vorbildlich bezeichnen muß, ist zwar bitter für die Freunde des Unternehmertums, wird aber dazu beitragen, daß in Arbeiterkreisen den Machern der Gewerbevereine die gebührende Achtung zuteil wird.

Die "parteiliche Neutralität" der christlichen Gewerkschaften wird ebenfalls beleuchtet durch nachstehendes Stückchen: Der Vorsitzende des Eisenbahnbandwerkerverbandes (eine den christlichen Gewerkschaften nicht angehörende, sogenannt unabhängige Gewerkschaft), Peter Holz, wollte gern ein Landtagsmandat als Vertreter der Eisenbahner haben. Herr Trimborn, der um Rat gefragt wurde, verwies den Gewerkschaftler an Herrn Stegerwald, den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften. Stegerwald soll nun versprochen haben, daß der Vorsitzende des Verbandes deutscher Eisenbahnbandwerker und Arbeiter, Peter Holz in Trier, ein Landtagsmandat über Zentrum bekomme, wenn der Eisenbahnbandwerkerverband (der annähernd 10 000 Mitglieder zählt) sich den christlichen Gewerkschaften anschließen würde. Als die Leitung des Verbandes dies zusagte, wurde Herr Holz das Landtagsmandat zugesichert. Später wurde Holz, der im Grunde ein entzweigter Anhänger der lutherischen Nachahlerbewegung ist, wankelmütig, und das Mandat wurde sofort einem anderen zugedacht. Nun wandte sich Holz an Herrn Trimborn in Köln, und dieser hat Herrn Holz geantwortet: Zunächst müsse er für den Anschluß seines Verbandes an die christlichen Gewerkschaften sorgen. Holz stellte wieder um und worüber er lehrten aber trauten dem Wankelmütigen jetzt nicht mehr, und so bekam er das Mandat nicht. Inzwischen ist man sogar dazu übergegangen, einen Gegenverband zu gründen, durch den der Holz'sche Verband zum Anschluß an die Zentrumsgewerkschaften gezwungen werden soll. Man betreibt eben Arbeitergespaltung um jeden Preis.

Rundschau.

Die deutschen Gewerbe-, Ver- und Kaufmannsgerichte 1907. Das "Reichsarbeitsblatt" veröffentlichte statistische Tabellen über die Organisation, Zahl und Wirksamkeit der Gewerbegerichte, die von R. Imbrecht in der 9. Zehnjährigen Beilage des "Correspondenzblattes" bearbeitet sind. Unser verlässiger Raum gestattet uns leider nicht, auf die beachtenswerten Zusammenstellungen einzugehen, so können wir hier nur

darauf hinweisen und einiges über die Wirkungen der Gewerbegerichte wiedergeben. Die Gewerbegerichte sind vorzugsweise geschaffen zur Beschleunigung des Rechtsverfahrens, das sich vor den ordentlichen Gerichten oft lange hinzieht. Sie werden begünstigt durch die Ausdehnung jeder Berufung bei Streitigkeiten von weniger als 100 Mk. Streitwert. Eine rasche Rechtsprechung ist der Hauptvorteil dieser Gerichte, weshalb die Statistik auch mit Recht eingehende Mitteilungen über die Dauer des Rechtsverfahrens bis zur Verkündung des Endurteils pflegt. Leider umfassen die angegebenen Zahlen nur den kleinsten Teil der erledigten Streitigkeiten, nämlich nur die durch ein Endurteil erledigten Klagen. Es wird für 1907 nur über 15 241 Streitigkeiten die Dauer des Rechtsverfahrens berichtet. Davon wurden 5610 in weniger als einer Woche, 5410 in 1 bis (auschl.) 2 Wochen, 4783 in 2 Wochen bis (auschl.) 1 Monat, 2194 in 1 bis (auschl.) 3 Monaten und 24 in dreimonatlicher oder längerer Dauer erledigt. Drei Fünftel der Klagen, über welche hier berichtet wird, waren also spätestens in 14 Tagen durch Urteilspruch erledigt. Von den auf andere Weise erledigten Klagen ist anzunehmen, daß auch sie meist in kürzester Frist erledigt worden sind. Sonach darf man konstatieren, daß die Gewerbegerichte ihre Aufgabe, für rasche Rechtsprechung zu sorgen, im allgemeinen durchaus erfüllt haben. — Als Einigungsmittel haben die Gewerbegerichte keine rechte Bedeutung erlangen können und auch bezüglich der tatsächlichen Ausfertigungen haben sie fast völlig versagt — ein Beweis für die Notwendigkeit der Arbeiterkammern. Immerhin wiederholen wir den schon öfter ausgesprochenen Wunsch, unsere Kollegen möchten so weit wie möglich die Gewerbegerichte in Anspruch nehmen, um die definitive Unterstellung sämtlicher städtischer Betriebe unter die Gewerbegerichte zu erzielen oder wenigstens Material dafür beizubringen.

Gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Marburg. In einer Versammlung der Delegierten der Vereinigten Gewerkschaften Marburg 3, die am 8. d. Mts. stattfand, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und dem Magistrat übergeben: "Die Gewerkschaften Marburgs protestieren ganz energisch gegen das Verhalten des Magistrats der Stadt Marburg anlässlich der Vergabe der städtischen Notstandsarbeiten. Trotz der hier herrschenden Arbeitslosigkeit werden bei den Arbeiten zum städtischen Gaswerk vorzugsweise Ausländer beschäftigt. Seitens anderer Städte hat man hohe Summen zur Beschäftigung einheimischer Arbeiter ausgeschrieben; in Marburg jedoch läßt man städtische Arbeiten nicht nur von auswärtigen, sondern bedauerlicherweise sogar von ausländischen Arbeitern ausführen. Die organisierten Arbeiter Marburgs als steuerzahlende Bürger ersuchen die Stadtverwaltung, schleunigst Änderung eintreten zu lassen und der hiesigen Arbeiterschaft vermehrte Arbeitsgelegenheit zu schaffen."

Ein beachtenswertes Geständnis entschließt der "Arbeitsgezeitung" aus Anlaß einer Polemik gegen die geplanten Arbeiterkammern. Sie sagt nämlich: "Die Leute mit den papierernen Weltanschauungen verneinen immer, daß es ihre heiligste und dringendste Aufgabe ist, Arbeitgeber und Arbeiter in engere Fühlung zu bringen. In Wahrheit wird wohl noch niemand die Erfahrung gemacht haben, daß es von Nutzen ist, Personen mit dauernd entgegengelegten Interessen in engere Fühlung zu bringen." Die "dauernd entgegengelegten Interessen" werden für gewöhnlich von ihr geliebt und wurden sonst als eine "Frucht sozialdemokratischer Verheißung" bezeichnet.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Die preussischen Minister des Handels und des Innern haben die unteren Behörden angewiesen, schleunigst Vorkehrungen zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu treffen. In erster Linie sollen die staatlichen Betriebe in vollem Umfange aufrecht erhalten werden, sonstige Arbeiten sind sofort in Angriff zu nehmen, und zwar auch solche, die noch nicht beschlossen, aber bestimmt in Aussicht genommen sind. So weit als möglich sollen der Industrie Aufträge zugewiesen werden, um auch der Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu verhüten. — Das klingt etwas sehr allgemein. Es bleibt abzuwarten, ob etwas Positives bei dieser "Anweisung" herausspringt.

Mit den sogenannten stummen Polenversammlungen hatte sich das Schöffengericht in Aubrook zu beschäftigen. Um dem Sprachenverbot des neuen Vereinsgesetzes zu entgehen, veranstalteten die Polen im Nachbargebiet beständig vielfach Versammlungen, in denen kein Wort gesprochen, sondern die Tagesordnung nur auf schriftlichem Wege erledigt wurde. Zu Beginn der Versammlung wurde mit Kreidekreuz auf einer Tafel mitgeteilt, daß der Vortrag, den in polnischer Sprache zu halten das Vereinsgesetz verbiete, in Form eines Flugblattes unter die Anwesenden verteilt werde. Dieses Flugblatt wurde still gelesen. Dann erschienen abermals in Kreidekreuz auf der Tafel die Resolutionen, die durch Handaufheben angenommen wurden. Die Veranstalter dieser Versammlungen stützten sich auf das Wort "Medner" im § 19 des Vereinsgesetzes und erklärten, daß in diesen Polenversammlungen ein Medner, der sich nicht der deutschen Sprache bedient habe, nicht aufgetreten sei. Das Schöffengericht

gericht kam, der „Schwäbischen Zeitung“ zufolge, zur Freisprechung. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt: Die Beweis- aufnahme habe ergeben, daß eine öffentliche politische Versamm- lung stattgefunden habe, in der der Gebrauch der polnischen Sprache nicht habe erfolgen dürfen. Die Beweisaufnahme habe aber ferner ergeben, daß in dieser Versammlung von einem Verhandeln nicht die Rede sein könne, weil die Versammlung den vorgeschlagenen Resolutionen ohne weiteres zugestimmt habe, so daß es zu einem Meinungs-austausch gar nicht gekommen sei. Das Gericht habe als maßgebend ein grundsätzliches Erkenntnis des Kammergerichts angenommen, das sich in einem analogen Falle des alten preußi- schen Vereinsgesetzes dahin ausgesprochen habe, daß im Sinne des Vereinsgesetzes von „Verhandeln“ nur dann die Rede sein könne, wenn die Sprechorgane gebraucht werden. Der Angeklagte sei des- halb freizusprechen.

— Ueber die Streiks von 1881—1905 in den Ver- einigten Staaten von Nordamerika berichtet Nr. 11 des „Reichs- arbeitsblattes“. Danach ist die Streiks-bewegung dort bedeutend lebhafter entwickelt als bei uns. Es fanden in der 24jährigen Periode 36 757 Streiks statt, die sich auf 181 407 Betriebe verteilten. Direkt an den Streiks waren 6 728 048 Arbeiter beteiligt, wozu 1 975 776 gezwungene Feiern kamen. Von der Gesamtzahl der Feiern waren 90,57 Proz. männlichen und 9,43 weiblichen Ge- schlechts. Die Zahl der Streiks und der Feiern schwankt inner- halb der einzelnen Jahre erheblich, im allgemeinen hat jedoch eine Zunahme stattgefunden, die freilich, gemessen an den Fortschritten der Industrie überhaupt, eine relative Abnahme bedeutet. — Was den Erfolg der Arbeitskämpfe anbelangt, so macht sich im Verlaufe der ganzen Periode mit der Erstarkung der Arbeiterorgani- sationen ein Rückgang der Streiks mit vollem und eine Zunahme der ohne, sowie mit teilweisem Erfolg beendeten bemerkbar. Der häufigste Streikgrund war die Forderung von Lohnerhöhungen, sodann der Kampf um die Anerkennung der Organisation, die Ab- wehr von Lohnkürzungen und die Forderung von Arbeitszeit- verfürzungen.

Die „Freie Hochschule Berlin“ hat schon ihr neues Programm für das kommende Winter-Quartal herausgegeben. Am verflochtenen Herbst-Quartal haben an 46 Vorträgen über 4000 Hörer teilgenommen. Mit 52 zumeist neuen Vorträgen, die wiederum die großen Fragen der Welt- und Lebensanschauung, die wichtigsten Probleme des sozialen und politischen Lebens, wertvolle medizinische und technische Beklebungen, Einführung in Genossenschafts- und Verbandswesen der künstlichen Schöpfungen, nicht zuletzt fremde Sprachen und Kultur zum Gegenstande haben, wendet sich die Freie Hochschule diesmal an das Bildungsinteresse von Groß-Berlin. Wie bisher ist das ausführliche Programm kostenlos in allen Filialen von Leothe u. Wolff, in verschiedenen Bibliotheken, Leses- hallen und Buchhandlungen, sowie bei Verkaufern zu haben.

Gemeindevahlen in Württemberg. In den zahlreichen Wahltagen in den verschiedenen Landesteilen gesellen sich nun auch noch die württembergischen Erfolge in Gmünd, Feuer- bach, Möppingen, Heilbronn usw. Unter den wiedergewählten Ver- tretervereinen befindet sich auch unser Kollege Karl Altvater, der zum Träger der Angelegenheiten in Feuerbach auch fürder unsere Rechte energisch wahrnehmen wird.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Kortikalender für Gemeinde und Staats- arbeiter 1909. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Selbst- verlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. V. R.: Albin Kobs, Berlin W., Winterfeldstr. 24. Preis 50 Pf. Unser Kortikalender erscheint nunmehr im 3. Jahrgang und wird vor- ausichtlich wie in den früheren Jahren viel beachtet und verwendet werden. In der Tat ist hier ein täglich leicht mitzuführendes Ma- terialienmaterial geschaffen, das bei richtiger Verwendung sicher reiche Früchte tragen kann. Neben den traditionellen Daten, die Langzeitige jeder Kortikalender enthalten muß, seien besonders fol- gende Kapitel bzw. Tabellen herausgehoben: Die Höhe der Steuern, Aus unserer Bewegung. Unser Kampf. Zur Lage der Gemeindearbeiter. Lohn- tabellen der verschiedenen städtischen Betriebe. Arbeitszeit. Ergänz. Käuferschutzmaßnahmen. Besonderer Wert ist auf die ständigen Ergänzungen gelegt, so z. B.: Ergänzungen, Ausgaben- übersichten, Ergänzungen usw. Die Zusammenfassung dieser Ergänzungen ist durch besondere Tabellen erleichtert, die bei jeder Ausgabe ausgetrennt und an den Verbandsvorstand eingesandt werden sollen. Jeder haben für diesen schon im verflochtenen Jah- resheften Anhang mit launigen Worten unterzogen. Wir möchten auch diesmal die Aufnahme wiederholen, den Verbandsvorstand durch Aufgabungen und Entsendungen einwandfreien Material zu unter- stützen. Zu dem Zweck sind die Namen der Abnehmer folgen- — Die nächste Ausgabe hat gegen den Vorjahr gewonnen. Das Cover ist dünner und leichter, dadurch wurde der Inhalt

handlicher, trotzdem er inhaltlich vergrößert ist. — Eine vorzügliche Eisenbahnkarte von Deutschland ist dem Artikel „Statistisches von der Eikubahn“ beigegeben.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 11 u. 12 vom 27. Jahrg. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 26 des 19. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 M.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 26. 25. Jahrgang. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Der Arbeitsmarkt. Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Herausgeber Prof. Dr. F. Jastrow, Berlin, Verlag von Georg Reimer.) Nr. 3 des 12. Jahrg.

Der Anarchismus und die Arbeiterbewegung. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Von Simon Katzenstein. Aus dem Inhalt geben wir folgende Titelüberschriften wieder: Allgemeines. — Anarchistische Taktik. — Antiparlamentarismus. — Anarchismus und Gewerkschaftswesen. — Preis 20 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Auspostvereine.

Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1909. 10. Jahrgang. Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedenstr. 2.

Verbandsteil.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Vor einigen Tagen sind die Materialien zur Abrechnung für das vierte Quartal 1908 verfaßt worden. Wir ersuchen die Abteilungsleitungen und Revisoren, dafür zu sorgen, daß die Abrech- nungen rechtzeitig beim Verbandsvorstand eingehen.

Neuer bei diesem anmerken gemacht, daß nach § 30 Abs. 2 des Verbandsstatuts die Neuwahlen der Verbandsfunktionäre im Januar eines jeden Jahres zu erfolgen haben. Die Namen der Gewählten sind dem Vorstandsvorstand mitzutteilen, zum Zweck der Veröffentlichung. Die Anmeldeformulare sind den Abteilungsleitungen Anfang Dezember d. J. zuzugang. Baldige Übermittlung der Wahlergebnisse ermöglicht die schnelle Herausgabe des Adressen- verzeichnisses und die erste Erledigung der Geschäfte.

Wir ermahnen außerdem noch daran, daß mit der Abrechnung vom 1. Quartal gleichzeitig die Frage wegen der Stand der Mitglieder in den einzelnen Branchen, sowie der Mitgliederstand anderer gewerkschaftlicher Organi- sationen, die sich auf städtische und staatliche Betriebe erstrecken, eingeschickt werden sollen. Im Interesse einer guten Uebersicht der Bewegung ist die erste Ausfüllung und schnelle Ein- sendung dieser Zusammenstellungen unbedingt erforderlich.

Der Verbandsvorstand. J. A.: Albin Kobs.

Briefkasten.

Zur gefl. Beachtung! Das Inhaltsverzeichnis der „Gewerkschaft“ sowie der „Sanitätswarte“ wird demnächst fertiggestellt. Wir bitten die Mitglieder, welche sich unsere Zeitschrift beschaffen lassen, baldmöglichst Bestellungen bei den Abteil- verwaltungen ihres Ortes vorzunehmen. Die Ortsverwaltungen wollen bis zum 10. Januar bei unserer Expedition angeben, wie- viel Exemplare benötigt werden, damit die Auflage danach fest- gestellt werden kann. Das Inhaltsverzeichnis wird gratis ver- atfolgt.

Totenliste des Verbandes.

Leonhard Nibler, Nürnberg Straßenwärter † 28. 11. 1908, 56 Jahre alt.	Georg Veith, Heilbronn Ziehbarbeiter † 4. 12. 1908, 71 Jahre alt.
W. Ollie, Helbra b. Mannsf. Maurer † 3. 12. 1908, 29 Jahre alt.	Hermann Jopp, Dresden Ziehbarbeiter † 7. 12. 1908, 36 Jahre alt.
Karl Reichert, Eßlingen Gitarbeiter † 16. Dezember 1908, 42 Jahre alt.	
Ehre ihrem Andenken!	

Kleiner Anhang des Verbands... 2. Aufl. 4. Ausgabe... 1908